



VOX-Analyse März 2026

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 8. März 2026

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung

Corina Schena: Projektleiterin

Ina Gutjahr: Junior Projektleiterin

Sara Rellstab: Data Scientist

Alessia Rainone: Praktikantin Data Science

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin / Administration

Roland Rey: Projektmitarbeiter / Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	7
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	12
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	12
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	13
3.3	Die Informationsgewinnung	15
4	INITIATIVE «BARGELD IST FREIHEIT» UND DIREKTER GEGENENTWURF	18
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	18
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	19
4.3	Die Motive	23
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	27
5	SRG-INITIATIVE	32
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	32
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	33
5.3	Die Motive	37
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	39
6	KLIMAFONDS-INITIATIVE	42
6.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	42
6.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	42
6.3	Die Motive	46
6.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	48
7	BUNDESGESETZ ÜBER DIE INDIVIDUALBESTEUERUNG	50
7.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	50
7.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	51
7.3	Die Motive	54
7.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	57
8	ANHANG	59
8.1	Technischer Bericht	59
8.2	Über die Studie	63
8.3	gfs.bern-Team	65

1 Die zentralen Befunde

Der Abstimmungssonntag vom 8. März 2026 war geprägt von einer überdurchschnittlich hohen Beteiligung und einer klaren inhaltlichen Ausrichtung der Entscheide. Mit über 55 Prozent lag die Stimmbeteiligung deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Mobilisierung wurde insbesondere von politisch engagierten, gut gebildeten und eher links-liberal geprägten Milieus getragen. Diese Dynamik stärkte tendenziell die institutionellen Positionen. Zur hohen Beteiligung trug wesentlich bei, dass die SRG-Initiative und das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung von den Stimmberechtigten als überdurchschnittlich relevant wahrgenommen wurden. Inhaltlich zeigt sich ein klares Muster: Während alle drei Volksinitiativen scheiterten, setzten sich die Behördenvorlagen durch. Entscheidend war dabei weniger die Problemwahrnehmung als die Ausgestaltung der Lösungen. Bei der Bargeld-Vorlage bestand ein breiter Konsens über das Grundanliegen, durchgesetzt hat sich jedoch der moderatere Gegenentwurf. Auch bei der SRG-Initiative war nicht die Kritik an den Gebühren ausschlaggebend, sondern ein lagerübergreifend wirksames Solidaritätsargument, das die Vorlage zu Fall brachte. Die Klimafonds-Initiative blieb demgegenüber auf ihr linkes Kernmilieu beschränkt und konnte keine mehrheitsfähige Allianz bilden. Das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung wurde trotz Widerstand aus traditionell orientierten Milieus angenommen. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'271 Stimmberechtigten der VOX-Analyse März 2026. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Gegenentwurf setzt sich deutlich durch

Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» und direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung

Der direkte Gegenentwurf wurde mit 73.4 Prozent Ja-Stimmen und allen Standesstimmen deutlich angenommen, während die Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit» mit 54.4 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt wurde. Stimmvolk und Kantone entschieden sich damit klar für den Gegenentwurf. Die Stimmberechtigten schätzten die persönliche Relevanz der beiden Vorlagen als gering ein. Das Abstimmungsverhalten folgte dennoch klar politischen Grundhaltungen: Die Initiative fand vor allem bei SVP-Sympathisierenden und rechts aussen positionierten Personen Unterstützung, während der Gegenentwurf parteiübergreifend Zustimmung erhielt. Inhaltlich war der Schutz des Bargeldes kaum umstritten, wohl aber der Weg dorthin. Die Befürwortenden der Initiative argumentierten primär mit Freiheit und Sicherheit, während der Gegenentwurf als pragmatischere und verhältnismässige Lösung überzeugte. Dass zentrale Argumente über die Lagergrenzen hinweg geteilt wurden, trug wesentlich zum deutlichen Ja bei. Ausschlaggebend war damit weniger die Frage des «Ob» als die des «Wie». Der Gegenentwurf bot für eine Mehrheit die überzeugendere Antwort.

Solidarität schlägt Sparargument – SRG-Initiative scheitert Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»

Die SRG-Initiative wurde mit 61.9 Prozent Nein-Stimmen deutlich verworfen. Die Vorlage wurde als besonders relevant wahrgenommen und die Meinungsbildung erfolgte mehrheitlich früh. Das Stimmverhalten folgte klar ideologischen und wertorientierten Mustern. Zustimmung fand die Initiative vor allem bei rechts positionierten Personen mit geringem Vertrauen in mediale Institutionen sowie marktliberalen und traditionell orientierten Haltungen. Entlang der Links-Rechts-Achse zeigte sich eine starke Polarisierung. Auch soziodemografisch war die Zustimmung bei jüngeren, tiefer gebildeten und einkommensschwächeren Personen höher. Die Zustimmung zur Initiative wurde in erster Linie durch finanzielle Motive begründet, während die Kritik an der SRG zwar ein wichtiges, aber klar nachgelagertes Argument blieb. Die Ablehnung fusste demgegenüber vor allem auf den Wunsch nach einer starken, unabhängigen SRG sowie auf die wahrgenommene Qualität und Glaubwürdigkeit ihres Angebots – und bildete damit ein klares Gegenmotiv zur Kritik der Befürwortenden. Inhaltlich vermochten die Pro-Argumente kaum über das Ja-Lager hinaus zu überzeugen und wirkten stark polarisierend. Demgegenüber fanden die Kontra-Argumente breitere Zustimmung. Ausschlaggebend war das Solidaritätsargument zugunsten der Sprachregionen, das weit über die Lagergrenzen hinaus unterstützt wurde und wesentlich zur Ablehnung beitrug.

Klimafonds mobilisiert nur das eigene Lager

Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Die Klimafonds-Initiative wurde mit 70.7 Prozent Nein-Stimmen von allen Vorlagen am deutlichsten verworfen. Sie wurde als mittel relevant wahrgenommen, das Stimmverhalten folgte jedoch klar ideologischen und wertorientierten Mustern. Zustimmung fand die Initiative vor allem bei links positionierten Personen mit hohem Vertrauen in umweltbezogene Akteure und einer umweltschutzorientierten Werthaltung. Entlang der Links-Rechts-Achse zeigte sich eine ausgeprägte Polarisierung. Auch soziodemografisch war die Zustimmung bei jüngeren und höher gebildeten Personen höher. Inhaltlich vermochten die Pro-Argumente kaum über das Ja-Lager hinaus zu überzeugen, während die Kontra-Argumente breiter abgestützt waren. Ausschlaggebend waren wirtschaftliche Bedenken sowie die Einschätzung, dass die bestehenden Instrumente der Klimapolitik ausreichen. Insgesamt blieb die Initiative auf klar definierte, klimapolitisch engagierte Milieus beschränkt und konnte keine mehrheitsfähige Allianz bilden.

Individualbesteuerung angenommen – Gleichstellung als zentrales Motiv Bundesgesetz über die Individualbesteuerung

Das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung ist der indirekte Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament zur Steuergerechtigkeits-Initiative der FDP-Frauen. Gegen die Vorlage wurde sowohl das Kantonsreferendum als auch ein fakultatives Referendum ergriffen. Am 8. März 2026 nahm das Stimmvolk das Gesetz mit 54.3 Prozent an. Die Vorlage wurde als besonders relevant wahrgenommen. Das Stimmverhalten folgte klar

politischen und gesellschaftlichen Grundhaltungen: Während Sympathisierende von SP und Grünen deutlich zustimmten, kam die Ablehnung vor allem aus dem Umfeld von SVP und Mitte. Entlang der Links-Rechts-Achse zeigte sich damit ein strukturiertes Muster. Soziodemografische Unterschiede traten vor allem beim Bildungsgrad auf, wobei höher gebildete Personen häufiger zustimmten, während das Einkommen keinen klaren Einfluss zeigte. Entscheidend waren Werthaltungen. Zeitgeistorientierte und gleichstellungsfreundliche Personen stimmten deutlich häufiger zu als traditionsorientierte. Inhaltlich standen Gleichstellung und Steuergerechtigkeit einer Kritik an Mehraufwand, möglichen Ungleichheiten und der Benachteiligung traditioneller Familienmodelle gegenüber. Gleichzeitig bestand ein breiter Konsens über das Grundanliegen der Gleichbesteuerung.

Höchste Mobilisierung seit zwei Jahren

Die Beteiligung

Mit 55.8 Prozent erreichte die Stimmbeteiligung im März 2026 den höchsten Wert seit März 2024 und lag damit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt. Die Teilnahme blieb sozial selektiv: Ältere, bildungs- und einkommensstarke Personen beteiligten sich deutlich häufiger als Jüngere oder Personen mit geringerer formaler Bildung. Frauen beteiligten sich mit 54 Prozent etwas schwächer als Männer (58%). Die höchste Beteiligung zeigte sich bei Männern ab 65 Jahren (77%). Politisch war die Mobilisierung bei Sympathisierenden der GLP (81%), der Grünen (68%) und der SP sowie FDP (je 65%) am stärksten, die SVP mobilisierte verglichen mit den anderen Parteien schwächer (55%) während politisch Ungebundene (27%) deutlich unterdurchschnittlich partizipierten.

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 8. März 2026 hatte das Schweizer Stimmvolk über vier Vorlagen zu entscheiden: die Initiative «Bargeld ist Freiheit» und der direkte Gegenentwurf dazu, die SRG-Initiative, die Klimafonds-Initiative und das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung.

2 Die Beteiligung

Am 8. März 2026 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende vier Vorlagen abgestimmt:

1. Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» und direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung
2. Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»
3. Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»
4. Bundesgesetz über die Individualbesteuerung

Die Stimmbeteiligung betrug bei der Initiative «Bargeld ist Freiheit» sowie beim direkten Gegenentwurf 55.4 Prozent. Bei der SRG-Initiative betrug die Stimmbeteiligung 55.8 Prozent. Bei der Klimafonds-Initiative betrug sie 55.6 Prozent und beim Bundesgesetz über die Individualbesteuerung 55.7 Prozent.¹ Mit über 55 Prozent erreichte die Stimmbeteiligung im März 2026 den höchsten Wert seit März 2024, als die Initiative für eine 13. AHV-Rente und die Renteninitiative mit 58 Prozent eine besonders hohe Mobilisierung ausgelöst hatten. Die Vorlagen vom März 2026 vermochten die Stimmberechtigten damit überdurchschnittlich stark anzusprechen.

Tabelle 1 gibt Aufschluss über die geschätzte Stimmbeteiligung nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen. Dabei zeigt sich ein klares Bild: Die Beteiligung variierte je nach Altersgruppe, Geschlecht, Bildung und Einkommen stark. Das Alter erwies sich als besonders prägend. Die Beteiligung nahm mit zunehmendem Alter stetig zu, von 47 Prozent bei den 18- bis 29-Jährigen bis hin zu 68 Prozent bei den über 70-Jährigen. Jüngere Stimmberechtigte nutzten ihr Stimmrecht damit deutlich seltener als ältere. Beim Geschlecht fielen die Unterschiede moderater aus, waren aber statistisch signifikant. Männer beteiligten sich mit 58 Prozent etwas häufiger als Frauen mit 54 Prozent. Differenziert man zusätzlich nach Alter, verstärkt sich dieses Bild: Während die Beteiligung bei jungen Erwachsenen unter 40 Jahren geschlechterunabhängig bei 48 Prozent lag, nahm der Unterschied zwischen Männern und Frauen mit steigendem Alter deutlich zu, bei den über 65-Jährigen beteiligten sich Männer mit 77 Prozent merklich häufiger als Frauen mit 62 Prozent. Ein besonders starker Zusammenhang zeigte sich beim Bildungsgrad. Personen ohne nachobligatorische Bildung beteiligten sich zu 41 Prozent, während Hochschulabsolvent:innen mit 73 Prozent fast doppelt so häufig an der Abstimmung teilnahmen. Berufslehre-Absolvent:innen und Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung lagen mit 49 resp. 58 Prozent im mittleren Bereich. Ähnlich ausgeprägt war der Einfluss des Haushaltseinkommens. In den einkommensschwächsten Haushalten mit bis zu 3'000 Franken monatlich lag die Beteiligung bei lediglich 31 Prozent, mehr als doppelt so tief wie in Haushalten mit über 11'000 Franken, wo 71 Prozent der Stimmberechtigten teilnahmen. Damit zeichnet sich einmal mehr das bekannte Muster einer sozial selektiven Stimmbeteiligung ab: Wer älter, gebildeter und einkommensstärker ist, macht von seinem Stimmrecht häufiger Gebrauch.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](https://bfs.admin.ch)

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	55.8	3220	
Alter			V=0.16***
18-29 Jahre	47	436	± 4.7
30-39 Jahre	48	476	± 4.5
40-49 Jahre	49	543	± 4.2
50-59 Jahre	56	627	± 3.9
60-69 Jahre	62	608	± 3.9
70 Jahre und älter	68	530	± 4
Geschlecht			V=0.05**
Männer	58	1563	± 2.4
Frauen	54	1657	± 2.4
Geschlecht und Alter			V=0.18***
Frauen / 18-39	48	461	± 4.6
Männer / 18-39	48	451	± 4.6
Frauen / 40-65	52	794	± 3.5
Männer / 40-65	55	732	± 3.6
Frauen / 65+	62	402	± 4.8
Männer / 65+	77	380	± 4.2
Bildungsgrad			V=0.23***
ohne nachobligatorische Bildung	41	356	± 5.1
berufliche Grundbildung/Berufslehre	49	1037	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	58	826	± 3.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	73	899	± 2.9
Haushaltseinkommen			V=0.22***
bis 3'000 CHF	31	158	± 7.2
3'000-5'000 CHF	49	364	± 5.1
5'000-7'000 CHF	51	519	± 4.3
7'000-9'000 CHF	56	447	± 4.6
9'000-11'000 CHF	56	383	± 5
über 11'000 CHF	71	837	± 3.1

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Insgesamt zeigt sich, dass politische Bindung und Interesse entscheidende Faktoren waren, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2).

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich deutliche Unterschiede. Personen mit einer links aussen oder links positionierten Orientierung beteiligten sich mit 73 resp. 67 Prozent am häufigsten, gefolgt von rechts und rechts aussen positionierten Personen mit 65 resp. 62 Prozent. Deutlich tiefer lag die Beteiligung bei Personen im politischen Zentrum mit 48 Prozent. Auch nach Parteisympathie zeigen sich klare Unterschiede. Am höchsten war die Beteiligung bei Anhänger:innen der GLP (81%), gefolgt von Sympathisierenden der Grünen (68%), der FDP und der SP (beide 65%) sowie der Mitte (63%). SVP-Anhänger:innen sowie Personen mit Sympathie für andere Parteien lagen mit 55 resp. 58 Prozent etwas tiefer. Besonders tief war die Beteiligung bei Personen ohne Parteibindung mit lediglich 27 Prozent. Das politische Interesse stand in einem besonders starken Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung. Bei sehr Interessierten lag sie bei 90 Prozent, bei eher Interessierten betrug der Wert 69 Prozent. Wer sich kaum oder gar nicht für Politik interessierte, beteiligte sich deutlich seltener, mit 31 beziehungsweise 9 Prozent.

Das Vertrauen in den Bundesrat stand in einem schwächeren, aber statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Stimmbeteiligung. Die höchste Beteiligung verzeichneten Personen mit sehr hohem Vertrauen (62%), gefolgt von jenen mit hohem Vertrauen (58%). Personen mit sehr geringem bis geringem Vertrauen lagen mit 55 Prozent im Mittelfeld, während jene mit mittlerem Vertrauen mit 49 Prozent die tiefste Beteiligung aufwiesen.

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	55.8	3220	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.17***
links aussen (0-2)	73	340	± 4.7
links (3,4)	67	559	± 3.9
Mitte (5)	48	795	± 3.5
rechts (6,7)	65	637	± 3.7
rechts aussen (8-10)	62	507	± 4.2
Parteisympathie			V=0.28***
SVP	55	639	± 3.9
FDP	65	465	± 4.3
Die Mitte	63	387	± 4.8
GLP	81	166	± 6
SP	65	507	± 4.2
Grüne	68	190	± 6.7

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
andere Partei	58	196	± 6.9
keine	27	327	± 4.8
Politisches Interesse			V=0.5***
sehr interessiert	90	531	± 2.6
eher interessiert	69	1638	± 2.2
eher nicht interessiert	31	806	± 3.2
überhaupt nicht interessiert	9	206	± 3.9
Vertrauen in den Bundesrat			V=0.09***
sehr gering bis gering (0-4)	55	464	± 4.5
mittel (5)	49	593	± 4
hoch (6-7)	58	864	± 3.3
sehr hoch (8-10)	62	1150	± 2.8

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die Gründe für die Nichtteilnahme (Tabelle 3) decken sich weitgehend mit den Mustern früherer Abstimmungen. An erster Stelle stand das schlichte Vergessen: Gut ein Viertel der Nichtteilnehmenden (28%) gab diese Begründung an. Ebenfalls häufig genannt wurde eine Verhinderung am Abstimmungstag (24%). Inhaltliche Unsicherheit spielte ebenfalls eine Rolle, 12 Prozent konnten sich nicht entscheiden und 8 Prozent empfanden die Themen als zu kompliziert. Politische Skepsis zeigte sich bei jenen 11 Prozent, die Abstimmungen grundsätzlich für wirkungslos halten, sowie bei 8 Prozent, die den Einfluss der eigenen Stimme als gering einschätzten. Mangelndes Interesse an den konkreten Abstimmungsthemen nannten 10 Prozent, während 7 Prozent aus prinzipiellen Gründen nie an Abstimmungen teilnehmen. Am seltensten wurden die Erwartung eines klaren Ergebnisses (4%) sowie Misstrauen gegenüber demokratischen Prozessen (3%) als Beweggründe angeführt.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen	28	222
Ich war verhindert	24	170
Ich konnte mich nicht entscheiden	12	93
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern	11	79
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert	10	71
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert	8	50
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt	8	54
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil	7	57
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist	4	29
Ich misstrauere demokratischen Prozessen	3	25
weiss nicht/keine Angabe	8	62

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 736. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die Befragten wurden gebeten, die persönliche Bedeutung jeder Initiative auf einer Skala von 0 bis 10 anzugeben (Tabellen 4–6). Insgesamt zeigen sich deutliche Unterschiede in der wahrgenommenen Relevanz der Vorlagen.

Die höchste persönliche Bedeutung wurde dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung (Mittelwert: 7.6) sowie der SRG-Initiative (7.5) zugeschrieben. Beide Vorlagen wurden von einer klaren Mehrheit als (sehr) bedeutsam wahrgenommen. Jeweils 79 Prozent ordneten sie in die Kategorien «hoch» oder «sehr hoch» ein. Entsprechend gering war der Anteil derjenigen, die diesen Vorlagen nur eine geringe Bedeutung beimassen. Die Klimafonds-Initiative erreichte im Mittel einen Wert von 6.2. Insgesamt überwog die hohe oder sehr hohe Bedeutungszuschreibung mit 58 Prozent jedoch deutlich weniger ausgeprägt als bei den zuvor genannten Vorlagen. Die Initiative «Bargeld ist Freiheit» (5.6) und ihr Gegenentwurf (5.9) wurden insgesamt als weniger bedeutsam eingeschätzt. Zwar erreichten auch hier die Anteile hoher und sehr hoher Bedeutung jeweils rund die Hälfte der Stimmenden (51% bzw. 57%), gleichzeitig war aber der Anteil geringer Bedeutungszuschreibungen vergleichsweise hoch (36% bzw. 30%).

Insgesamt zeigt sich damit, dass gesellschaftspolitische Vorlagen wie die Individualbesteuerung und die SRG-Initiative von der Stimmbevölkerung als besonders relevant wahrgenommen wurden, während die Bargeld-Vorlagen deutlich geringere Priorität erhielten und die Klimafonds-Initiative eine mittlere Position einnimmt.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Initiative «Bargeld ist Freiheit»		Gegenentwurf zur Initiative «Bargeld ist Freiheit»	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	14	261	11	239
gering (2-4)	22	459	19	434
mittel (5)	12	278	13	298
hoch (6-8)	27	643	34	598
sehr hoch (9-10)	24	598	23	391
Mittelwert (total)	5.6	2239	5.9	1960

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Tabelle 5: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	SRG-Initiative		Klimafonds-Initiative	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	4	93	9	179
gering (2-4)	5	121	16	337
mittel (5)	11	261	17	345
hoch (6-8)	37	886	34	790
sehr hoch (9-10)	42	929	24	509
Mittelwert (total)	7.5	2290	6.2	2160

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Tabelle 6: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	Individualbesteuerung	
	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	2	61
gering (2-4)	7	147
mittel (5)	11	246
hoch (6-8)	38	870
sehr hoch (9-10)	41	880
Mittelwert (total)	7.6	2204

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Verständnisschwierigkeiten (Tabellen 7 und 8) traten je nach Vorlage in unterschiedlichem Ausmass auf. Am leichtesten verständlich wurde die SRG-Initiative eingeschätzt. 93 Prozent der Stimmberechtigten bezeichneten sie als «eher leicht» verständlich. Auch die Klimafonds-Initiative und das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung wurden mehrheitlich als verständlich wahrgenommen. 81 bzw. 78 Prozent der Befragten bezeichneten sie als «eher leicht» verständlich.

Etwas häufiger wurden Verständnisschwierigkeiten bei der Initiative «Bargeld ist Freiheit» und ihrem Gegenentwurf geäussert, wobei jedoch auch hier eine klare Mehrheit (74%) keine grösseren Probleme angab.

Tabelle 7: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Initiative «Bargeld ist Freiheit» und Gegenentwurf		SRG-Initiative	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	74	1414	93	2107
eher schwer	26	658	7	152
N (total)		2072		2259

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Tabelle 8: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	Klimafonds-Initiative		Individualbesteuerung	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	81	1584	78	1666
eher schwer	19	423	22	478
N (total)		2007		2144

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Die Befragten gaben an, zu welchem Zeitpunkt sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 9 und 10). Bei der SRG-Initiative war für 81 Prozent der Stimmberechtigten von Anfang an klar, wie sie abstimmen würden. 15 Prozent traf die Entscheidung während des Abstimmungskampfes und lediglich 4 Prozent entschieden sich im letzten Moment. Die Meinungsbildung erfolgte damit im Vergleich zu den anderen Vorlagen besonders früh. Auch bei der Klimafonds-Initiative und dem Bundesgesetz über die Individualbesteuerung stand der Entscheid für eine Mehrheit früh fest. 66 Prozent gaben an, von Beginn an gewusst zu haben, wie sie bei der Klimafonds-Initiative stimmen werden. 21 Prozent entschieden sich im Verlauf des Abstimmungskampfes und 12 Prozent bildeten ihre Meinung erst kurz vor dem Urnengang. Bei der Individualbesteuerung war für 61 Prozent der Stimmbevölkerung von Anfang an klar, wie sie abstimmen würden. Knapp ein Drittel (30%) traf die Entscheidung während des Abstimmungskampfes und 8 Prozent entschieden sich im letzten Moment. Bei der Initiative «Bargeld ist Freiheit» und ihrem Gegenentwurf liegt der Anteil der Frühentscheidenden nochmals tiefer. Für etwas über die Hälfte (54%) der Stimmberechtigten war von Anfang an klar, wie der Stimmentcheid ausfallen würde. Bei knapp einem Drittel (32%) bildete sich dieser während des Abstimmungskampfes und für 14 Prozent im letzten Moment.

Tabelle 9: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Initiative «Bargeld ist Freiheit» und Gegenentwurf		SRG-Initiative	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	54	1050	81	1825
während Abstimmungskampf	32	712	15	363
im letzten Moment	14	363	4	107
N (total)		2125		2295

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

Tabelle 10: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	Klimafonds-Initiative		Individualbesteuerung	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	66	1357	61	1356
während Abstimmungskampf	21	468	30	635
im letzten Moment	12	265	8	194
N (total)		2090		2185

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss-nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt.

3.3 Die Informationsgewinnung

Das Nutzungsverhalten in Bezug auf die Informationskanäle, über die sich die Stimmenden zu den Abstimmungsvorlagen informierten, entspricht grundsätzlich dem Bild früherer Abstimmungen (Tabelle 11). Neben dem Nutzungsanteil wird auch die Intensität der Nutzung (Werte auf einer Skala von 1-10) ausgewiesen.

Die wichtigste Informationsquelle bleibt das Bundesbüchlein: 89 Prozent der Befragten nutzten es, bei einer hohen durchschnittlichen Nutzungsintensität von 6.8. Ebenfalls stark genutzt wurden Artikel in Zeitungen (79%, Intensität 6.2), Abstimmungssendungen im Fernsehen (71%, Intensität 5.7) sowie News-Seiten im Internet (71%, Intensität 5.4). Diese Kanäle bildeten die zentralen Informationsquellen rund um die Abstimmung. Eine mittlere Nutzung erzielten Abstimmungszeitungen oder Flyer (61%, Intensität 4.5), Radiosendungen (58%, Intensität 4.8) und Strassenplakate (56%, Intensität 3.3). Von gut der Hälfte der Stimmberechtigten wurden Inserate in Zeitungen (52%, Intensität 3.8), Meinungsumfragen (52%, Intensität 3.8) sowie Lesebriefe oder Leserkommentare in Internetforen (50%, Intensität 4.0) genutzt. Neuere und informellere Informationsquellen bleiben weniger verbreitet: Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen (46%, Intensität 4.2) und Mitteilungen am Arbeitsplatz (40%, Intensität 4.0) erreichen

Minderheiten. Soziale Medien (35%, Intensität 4.3) sowie Online-Videos (34%, Intensität 4.4) werden ebenfalls von rund einem Drittel genutzt. Die VoteInfo-App des Bundes liegt mit 34 Prozent ebenfalls in diesem Bereich, weist jedoch mit einem Intensitätswert von 6.0 eine überdurchschnittlich hohe Nutzungstiefe bei Nutzenden auf.

Tabelle 11: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
Das Bundesbüchlein	89	6.8	2099
Artikel in Zeitungen	79	6.2	1871
Abstimmungssendungen am Fernsehen	71	5.7	1686
News-Seiten im Internet	71	5.4	1653
Abstimmungszeitungen oder Flyers	61	4.5	1464
Abstimmungssendungen am Radio	58	4.8	1363
Strassenplakate	56	3.3	1303
Inserate in Zeitungen	52	3.8	1209
Meinungsumfragen	52	3.8	1199
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	50	4.0	1187
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	46	4.2	1068
Mitteilungen am Arbeitsplatz	40	4.0	968
Soziale Medien wie Facebook, Twitter/X oder Instagram	35	4.3	874
Filme und Videoclips im Internet, zum Beispiel auf YouTube	34	4.4	843
VoteInfo-App vom Bund	34	6.0	797

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte («Nutzungsanteil in %») gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte («Nutzungsintensität») informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Die Anzahl Nennungen bezieht sich ebenfalls auf die Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums.

Bei der Klimafonds-Initiative und beim Bundesgesetz über die Individualbesteuerung zeigte sich kein klarer Zusammenhang zwischen der Art der Mediennutzung und der Stimmabgabe. Auch bei der SRG-Initiative und bei der Initiative «Bargeld ist Freiheit» mit Gegenentwurf lassen sich zwar Unterschiede zwischen den Gruppen erkennen, diese fallen jedoch gering aus. So trat bei der SRG-Initiative ein leicht anderes Muster zutage. Personen, die sich vorwiegend über online Kommunikationskanäle informierten, nahmen die Initiative häufiger an. Bei der Initiative «Bargeld ist Freiheit» und dem Gegenentwurf zeigte sich das umgekehrte Muster. Die Zustimmung war höher bei Personen, die sich vorwiegend über traditionelle Medien oder gleichermassen über beide Kommunikationskanäle informierten.

Tabelle 12: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Initiative «Bargeld ist Freiheit» und Gegenentwurf			SRG-Initiative		
	Ja-Stimmende in %	n	Stichprobenfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	40	785	± 3.4	42	820	± 3.4
beides etwa gleich	47	651	± 3.8	37	652	± 3.7
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	48	732	± 3.6	32	736	± 3.4
N (total) / Cramérs V			V=0.07*			V=0.09**

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und die bei der SRG-Initiative abgestimmt haben, stimmten 42 Prozent Ja.

Tabelle 13: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	Klimafonds-Initiative			Individualbesteuerung		
	Ja-Stimmende in %	n	Stichprobenfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	32	766	± 3.3	53	791	± 3.5
beides etwa gleich	30	640	± 3.6	55	645	± 3.8
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	26	701	± 3.3	55	709	± 3.7
N (total) / Cramérs V			V=0.06			V=0.02

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal «online» angegeben und die bei der Klimafonds-Initiative für eine Zukunft abgestimmt haben, stimmten 32 Prozent Ja.

4 Initiative «Bargeld ist Freiheit» und direkter Gegenentwurf

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» wurde am 15. Februar 2023 mit 136'767 gültigen Unterschriften eingereicht. Die Initiative verlangt, dass die Verfügbarkeit des Bargeldes und der Franken als Schweizer Währung in der Verfassung verankert werden. Der Bund soll dazu verpflichtet werden, immer genügend Münzen oder Banknoten zur Verfügung zu stellen und das Ersetzen des Schweizer Frankens durch eine andere Währung wäre nur durch Zustimmung von Volk und Ständen möglich.

Bundesrat und Parlament sind einverstanden mit dem Anliegen der Initiative, aber nicht mit ihrem Wortlaut und haben deshalb einen Gegenentwurf ausgearbeitet. Auch der Gegenentwurf sieht vor, dass die Verfügbarkeit von Bargeld und der Franken als Schweizer Währung in der Verfassung verankert werden. Er übernimmt aber den Wortlaut bestehender Gesetzesbestimmungen und unterstreicht den Auftrag der Nationalbank. Die Befürworter:innen der Initiative kritisierten am Gegenvorschlag die unpräzise Formulierung von «Bargeld», so wird im Initiativtext von «Noten und Münzen» gesprochen und dass der Bund nicht in die Verantwortung genommen wird, sondern die Nationalbank. Gegner:innen von Initiative und Gegenvorschlag kritisierten, dass die Abstimmung unnötig sei, da sich bei einer Annahme nichts ändern würde und die bestehende Rechtslage bereits ausreichend sei. Über die Volksinitiative und den Gegenentwurf der Bundesversammlung wurde am 8. März getrennt abgestimmt. In einer Stichfrage konnte angegeben werden, welche Vorlage vorgezogen werden soll, wenn beide angenommen würden.

Der Nationalrat lehnte die Volksinitiative ab (15 Ja, 179 Nein) und unterstützte den Gegenvorschlag (179 Ja, 15 Nein). Ebenso im Ständerat: Für die Initiative ergab sich ein Verhältnis von 1 Ja- zu 44 Nein-Stimmen. Beim Gegenentwurf waren es 44 Ja- zu 1 Nein-Stimme. Von den Parteien unterstützte nur die SVP die Initiative, alle anderen sprachen sich dagegen aus. Beim Gegenentwurf gab die GLP als einzige Partei die Nein-Parole, alle anderen waren dafür.

Das Stimmvolk und die Kantone entschieden sich am 8. März 2026 für den Gegenentwurf. Dieser wurde mit 73.4 Prozent Ja-Stimmen und mit allen Standesstimmen deutlich angenommen. Die Volksinitiative hingegen wurde von 54.4. Prozent der abtimmenden Bevölkerung und 14 Standesstimmen abgelehnt.

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Einstellungen liefern Hinweise dafür, wie das Nein zur Bargeld-Initiative und das Ja zum direkten Gegenentwurf (Tabelle 14) zustande gekommen sind. Insgesamt folgte das Abstimmungsverhalten klar den politischen Grundhaltungen. Die Zustimmung zur Initiative variierte nach politischer Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala, Parteisympathie sowie nach Vertrauen in unterschiedliche Institutionen.

Je weiter rechts sich die Stimmberechtigten selbst einordneten, desto höher fiel die Zustimmung zur Bargeld-Initiative aus. Rechts aussen positionierte Personen stimmten mit 68 Prozent am häufigsten für die Initiative. Personen im politischen Zentrum lagen mit 44 Prozent Ja-Anteil nahe beim Gesamtdurchschnitt von 45.6 Prozent. Beim Gegenentwurf zeigte sich ein entgegengesetztes Muster: Die Zustimmung war bei Linksaussen am höchsten (86%) und sank mit zunehmender Rechtsorientierung, wobei rechts aussen positionierte Personen noch am kritischsten waren (62%).

Auch die Parteisympathie prägte das Stimmverhalten. Bei der Bargeld-Initiative verzeichneten SVP-Sympathisant:innen mit 68 Prozent die höchste Zustimmung, gefolgt von Grünen-Anhänger:innen und Personen ohne Parteibindung mit je 57 Prozent. Die übrigen Parteien lagen alle unter dem Gesamtdurchschnitt von 45.6 Prozent: SP-Sympathisant:innen stimmten zu 38 Prozent Ja, FDP-Anhänger:innen zu 34 Prozent und Mitte-Sympathisant:innen zu 30 Prozent. Die tiefste Zustimmung verzeichneten GLP-Sympathisant:innen mit lediglich 19 Prozent. Beim Gegenentwurf zeigte sich ein anderes Bild. Die höchsten Zustimmungswerte verzeichneten Grünen-Anhänger:innen (89%), gefolgt von SP- (85%) und Mitte-Sympathisant:innen (84%). FDP- und GLP-Anhänger:innen stimmten zu 75 resp. 72 Prozent Ja. Personen ohne Parteibindung nahmen mit 78 Prozent eine mittlere Position ein. Am zurückhaltendsten zeigten sich SVP-Sympathisant:innen (63%) und Anhänger:innen anderer Parteien (57%), die damit als einzige Gruppen unter dem Gesamtdurchschnitt von 73.4 Prozent lagen.

Das Vertrauen in den Bundesrat weist einen mittelstarken und statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmentscheid auf. Mit zunehmendem Vertrauen in den Bundesrat sank die Zustimmung zur Bargeld-Initiative deutlich: von 67 Prozent bei sehr geringem bis geringem Vertrauen auf 33 Prozent bei sehr hohem Vertrauen. Beim Gegenentwurf zeigte sich ein gegenteiliges Muster: Personen mit sehr hohem Vertrauen in den Bundesrat stimmten dem Gegenentwurf zu 80 Prozent zu, während bei sehr geringem Vertrauen nur 54 Prozent Ja sagten.

Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Vertrauen in die Medien. Mit zunehmendem Medienvertrauen sank die Zustimmung zur Initiative von 57 Prozent (geringes Vertrauen) auf 34 Prozent (sehr hohes Vertrauen). Beim Gegenentwurf hingegen stieg die Zustimmung mit höherem Medienvertrauen an: von 62 Prozent bei geringem auf 87 Prozent bei sehr hohem Vertrauen. Auch das Vertrauen in die Schweizerische Nationalbank stand in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmverhalten. Personen mit sehr geringem Vertrauen in die SNB stimmten der Initiative zu 69 Prozent zu, während bei sehr hohem Vertrauen nur 37 Prozent Ja sagten. Beim Gegenentwurf fielen die Unterschiede weniger ausgeprägt aus, zeigten jedoch eine ähnliche Tendenz: Personen mit sehr geringem Vertrauen in die SNB stimmten dem Gegenentwurf zu 63 Prozent zu,

während bei sehr hohem Vertrauen 77 Prozent Ja sagten, womit der Zusammenhang hier in die entgegengesetzte Richtung weist.

Auch Wertehaltungen wirkten sich auf den Stimmentscheid aus. Personen mit einer traditionsorientierteren Grundhaltung unterstützten die Bargeld-Initiative deutlich häufiger (69%) als jene mit einer zeitgeistorientierten Haltung (34%). Beim Gegenentwurf war dieses Muster weniger ausgeprägt, aber ebenfalls erkennbar: Zeitgeistorientierte stimmten zu 80 Prozent Ja, während Traditionsorientiertere mit 66 Prozent noch immer mehrheitlich zustimmten.

Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Bargeld-Initiative			Gegenentwurf		
	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	45.6	2293		73.4	2037	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.23***			V=0.2***
links aussen (0-2)	42	275	± 5.8	86	251	± 4.3
links (3-4)	35	439	± 4.5	84	419	± 3.5
Mitte (5)	44	535	± 4.2	76	460	± 3.9
rechts (6-7)	39	489	± 4.3	73	440	± 4.2
rechts aussen (8-10)	68	383	± 4.7	62	338	± 5.2
Parteisympathie			V=0.33***			V=0.24***
SVP	68	446	± 4.3	63	386	± 4.8
FDP	34	370	± 4.8	75	325	± 4.7
Die Mitte	30	296	± 5.2	84	267	± 4.4
GLP	19	149	± 6.3	72	135	± 7.6
SP	38	404	± 4.7	85	377	± 3.6
Grüne	57	153	± 7.9	89	137	± 5.3
andere Partei	50	141	± 8.3	57	124	± 8.8
keine	57	158	± 7.7	78	140	± 6.9
Vertrauen in Bundesrat			V=0.23***			V=0.24***
sehr gering bis gering (0-4)	67	314	± 5.2	54	271	± 5.9
mittel (5)	49	389	± 5	83	336	± 4
hoch (6-7)	46	633	± 3.9	75	582	± 3.5
sehr hoch (8-10)	33	878	± 3.1	80	782	± 2.8

Merkmale	Bargeld-Initiative			Gegenentwurf		
	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
Vertrauen in Medien			V=0.19***			V=0.21***
sehr gering bis gering (0-4)	57	754	± 3.5	62	646	± 3.7
mittel (5)	40	548	± 4.1	78	488	± 3.7
hoch (6-7)	37	588	± 3.9	81	542	± 3.3
sehr hoch (8-10)	34	296	± 5.4	87	277	± 4
Vertrauen in Schweizerische Nationalbank			V=0.21***			V=0.1***
sehr gering bis gering (0-4)	69	238	± 5.9	63	200	± 6.7
mittel (5)	54	329	± 5.4	72	282	± 5.3
hoch (6-7)	51	509	± 4.3	71	450	± 4.2
sehr hoch (8-10)	37	1127	± 2.8	77	1032	± 2.6
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder B) eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt			V=0.3***			V=0.13***
Zeitgeist	34	642	± 3.7	80	595	± 3.2
gemischte Wertehaltung	38	909	± 3.2	74	819	± 3
Traditionen schützen	69	652	± 3.6	66	549	± 4

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Neben den politischen Einstellungen prägten auch soziodemografische Merkmale das Stimmverhalten (Tabelle 15). Mit Blick auf das Alter lässt sich ein eindeutiges Muster erkennen: Während die 18- bis 29-Jährigen und die 30- bis 39-Jährigen mit je 33 resp. 34 Prozent die tiefsten Ja-Anteile aufwiesen, stimmten die 60- bis 69-Jährigen zu 53 Prozent und die über 70-Jährigen zu 56 Prozent für die Initiative. Beim Gegenentwurf zeigten sich hingegen kaum Altersunterschiede, der Zusammenhang ist statistisch nicht signifikant. Beim Geschlecht zeigen sich praktisch keine Unterschiede: Männer und Frauen stimmten sowohl der Initiative (46% resp. 45%) als auch dem Gegenentwurf (74% resp. 73%) mit nahezu gleichen Prozentwerten Ja-Anteile zu. Der Zusammenhang ist in beiden Fällen statistisch nicht signifikant. Beim Bildungsgrad bestehen hingegen deutliche Unterschiede. Personen ohne nachobligatorische Bildung sowie mit einer Berufslehre stimmten der Initiative am häufigsten zu (58% resp. 57%), während die Zustimmung mit steigendem Bildungsniveau abnahm. Personen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss lehnten die Initiative am häufigsten ab (32% Ja). Beim Gegenentwurf zeigt sich ein weniger einheitliches Bild: Die höchste Zustimmung kam aus dem Kreis der Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung (81%), während

Anhänger:innen mit beruflicher Grundbildung mit 66 Prozent am zurückhaltendsten waren.

Tabelle 15: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Bargeld-Initiative			Gegenentwurf		
	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	45.6	2293		73.4	2037	
Alter			V=0.18***			V=0.07
18-29 Jahre	33	252	± 5.8	77	233	± 5.4
30-39 Jahre	34	299	± 5.4	77	277	± 5
40-49 Jahre	41	360	± 5.1	73	324	± 4.8
50-59 Jahre	43	455	± 4.6	68	401	± 4.6
60-69 Jahre	53	487	± 4.4	72	435	± 4.2
70 Jahre und älter	56	440	± 4.6	76	367	± 4.4
Geschlecht			V=0			V=0
Männer	46	1150	± 2.9	74	1046	± 2.7
Frauen	45	1143	± 2.9	73	991	± 2.8
Bildungsgrad			V=0.22***			V=0.15***
ohne nachobligatorische Bildung	58	230	± 6.4	79	190	± 5.8
berufliche Grundbildung/Berufslehre	57	680	± 3.7	66	578	± 3.9
Maturität/höhere Berufsbildung	42	608	± 3.9	81	554	± 3.3
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	32	725	± 3.4	76	679	± 3.2
Haushaltseinkommen			V=0.32***			V=0.04
bis 3'000 CHF	75	98	± 8.6	74	77	± 9.9
3'000-5'000 CHF	68	243	± 5.9	73	210	± 6
5'000-7'000 CHF	59	352	± 5.1	71	314	± 5
7'000-9'000 CHF	44	323	± 5.4	75	295	± 5
9'000-11'000 CHF	43	279	± 5.8	78	248	± 5.2
über 11'000 CHF	27	672	± 3.4	73	627	± 3.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

4.3 Die Motive

Mittels einer offenen Frage wurden die ausschlaggebenden Gründe für ein Ja oder Nein erfasst. Bei den Befürworter:innen der Bargeld-Initiative (Tabelle 16) dominierten drei Motivkategorien: persönliche Gründe (24% der Erstnennungen, 29% aller Nennungen), Sicherheitsgründe (22% resp. 30%) sowie gesellschaftliche Gründe (6% resp. 10%).

Sicherheitsüberlegungen standen für viele Ja-Stimmende im Vordergrund. 22 Prozent (resp. 30%) begründeten ihre Zustimmung zur Bargeld-Initiative mit Sicherheitsgründen, wobei insbesondere die Absicherung bei Systemausfällen oder Stromausfällen (6% resp. 9%), die Ablehnung einer vollständigen Digitalisierung (4% resp. 5%) sowie die Verhinderung von Überwachung und Nachverfolgbarkeit (4% resp. 7%) genannt wurden.

Eine weitere, ähnlich wichtige Kategorie bildeten persönliche Gründe: Dazu zählten insbesondere der Wunsch nach Wahlfreiheit beim Bezahlen (10% resp. 13%), eine bessere Ausgaben- und Selbstkontrolle durch Bargeld (3% resp. 4%) sowie die praktische Handhabung für kleinere Beträge im Alltag (1% resp. 3%). Insgesamt machten persönliche Gründe 24 Prozent der Erstnennungen (resp. 29% aller Nennungen) aus.

Eine dritte Kategorie umfasste gesellschaftliche Gründe, die jedoch seltener als Hauptmotiv genannt wurden. Im Vordergrund stand dabei der Zugang für ältere und digital weniger affine Personen (4% resp. 6%), während die Bedeutung für Kinder und Sans-Papiers (2% aller Nennungen) sowie für kleine Geschäfte und das Gewerbe (1% resp. 2%) nur vereinzelt erwähnt wurden. Insgesamt entfielen auf gesellschaftliche Gründe 6 Prozent der Erstnennungen (resp. 10% aller Nennungen).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro – Initiative (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Sicherheitsgründe	22	242	30	318
Absicherung bei Systemausfällen/Stromausfall	6	64	9	91
Verhinderung von Überwachung/Nachverfolgbarkeit	4	33	7	54
Ablehnung vollständiger Digitalisierung	4	64	5	81
Persönliche Gründe	24	245	29	282
Wahlfreiheit beim Bezahlen	10	110	13	129
bessere Ausgabenkontrolle/Selbstkontrolle	3	32	4	44
praktisch für kleinere Beträge/Alltag	1	9	3	16
Gesellschaftliche Gründe	6	78	10	106
Zugang für ältere/digital weniger affine Personen	4	47	6	63
wichtig für Kinder/Sans-Papiers	0	8	2	16
wichtig für kleine Geschäfte/Gewerbe	1	12	2	16
Allgemeines	20	201	23	223

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Anderes	5	51	9	86
Empfehlungen	1	8	1	9
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	1	2	1	2
weiss nicht/keine Antwort	27	462	27	462

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Die Motive für ein Nein zur Bargeld-Initiative (Tabelle 17) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: inhaltliche Gründe (47% aller Erstnennungen, 51% aller Nennungen), institutionelle Gründe (14% resp. 17%) und persönliche Gründe (5% resp. 6%).

Inhaltliche Argumente dominierten das Nein-Lager deutlich. Am häufigsten wurde genannt, dass die Initiative als unnötig erachtet wurde bzw. der Status quo als ausreichend galt (18% resp. 20%). Ebenfalls weit verbreitet war die Einschätzung, der Gegenentwurf sei die bessere oder vernünftiger Lösung (16% resp. 18%). Weitere 7 Prozent (resp. 8%) lehnten die Initiative als zu extrem oder zu starr ab.

Eine zweite Kategorie bildeten institutionelle Gründe. Ein Teil der Nein-Stimmenden war der Ansicht, die Materie sei bereits genügend geregelt (6% resp. 7%), während andere betonten, eine solche Regelung gehöre nicht in die Verfassung (5% resp. 7%). Weitere 4 Prozent (resp. 4%) sahen die Schweizerische Nationalbank und nicht den Bund als zuständige Instanz.

Persönliche Gründe spielten eine untergeordnete Rolle. Am häufigsten wurde angegeben, dass die Initiative für die eigene Person nicht relevant sei (3% resp. 3%). Vereinzelt wurde auch erwähnt, kaum oder nie Bargeld zu benutzen (1% resp. 2%) bzw. dass bargeldloses Bezahlen den persönlichen Bedürfnissen besser entspreche (1% resp. 1%).

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra – Initiative (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Inhaltliche Gründe	47	459	51	494
Initiative unnötig/Status quo genügt	18	155	20	179
Gegenentwurf besser/vernünftiger	16	161	18	182
zu extrem/zu starr	7	75	8	89
Institutionelle Gründe	14	109	17	129
bereits genügend geregelt	6	41	7	48
gehört nicht in die Verfassung	5	44	7	56
SNB statt Bund zuständig	4	27	4	30

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Persönliche Gründe	5	50	6	59
für mich nicht relevant	3	24	3	29
nutze kaum/nie Bargeld	1	15	2	17
bargeldloses Bezahlen passt für mich	1	8	1	10
Allgemeines	2	20	3	26
Anderes	6	51	8	83
Empfehlungen	5	75	7	92
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	2	12	2	13
weiss nicht/keine Antwort	28	341	28	341

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Die Motive für ein Ja zum direkten Gegenentwurf (Tabelle 18) lassen sich erneut in drei Hauptkategorien gliedern: inhaltliche Gründe (13% aller Erstnennungen, 16% aller Nennungen), persönliche Gründe (6% resp. 8%) sowie Sicherheitsgründe (5% resp. 8%). Auffällig ist der hohe Anteil an Nennungen unter «Allgemeines» (17% resp. 18%) sowie der mit 51 Prozent sehr hohe Anteil an Ja-Stimmenden, die keine Antwort gaben oder nicht wussten, warum sie Ja gestimmt hatten.

Inhaltliche Argumente dominierten die Ja-Motive. Am häufigsten wurde der Gegenentwurf als besserer oder vernünftiger Kompromiss bezeichnet (8% resp. 9%). Vereinzelt wurde auch erwähnt, dass eine Regelung auf Verfassungsebene sinnvoll sei (1% resp. 3%) oder dass der Schutz des Schweizer Franks ein Motiv darstelle (2% resp. 2%).

Persönliche Gründe spielten eine moderate Rolle. Im Vordergrund stand der Wunsch nach Wahlfreiheit beim Bezahlen (4% der Erstnennungen, 5% aller Nennungen), während praktische Alltagsüberlegungen sowie der Wunsch nach besserer Ausgabenkontrolle kaum als Motive genannt wurden (je unter 1% resp. 1% aller Nennungen).

Sicherheitsüberlegungen waren ähnlich häufig vertreten wie persönliche Gründe. 2 Prozent der Erstnennungen (resp. 3% aller Nennungen) nannten die Absicherung bei Systemausfällen oder Stromausfällen, 1 Prozent (resp. 2%) die Ablehnung einer vollständigen Digitalisierung sowie ebenfalls 1 Prozent (resp. 1%) die Verhinderung von Überwachung und Nachverfolgbarkeit.

Tabelle 18: Entscheidungsgründe Pro – Gegenentwurf (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Inhaltliche Gründe	13	271	16	294
besserer/vernünftiger Kompromiss	8	193	9	206
sinnvoll auf Verfassungsebene geregelt	1	25	3	28

Gründe	Hauptgrund		Alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Schutz des Schweizer Frankens	2	26	2	31
Persönliche Gründe	6	65	8	85
Wahlfreiheit beim Bezahlen	4	38	5	50
praktisch für kleinere Beträge/Alltag	0	1	1	3
bessere Ausgabenkontrolle/Selbstkontrolle	0	3	0	7
Sicherheitsgründe	5	66	8	89
Absicherung bei Systemausfällen/Stromausfall	2	23	3	30
Ablehnung vollständiger Digitalisierung	1	15	2	21
Verhinderung von Überwachung/Nachverfolgbarkeit	1	6	1	11
Allgemeines	17	216	18	239
Anderes	5	52	6	63
Empfehlungen	4	123	5	136
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	1	0	1
weiss nicht/keine Antwort	51	825	51	825

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Die Motive für ein Nein zum Gegenentwurf (Tabelle 19) lassen sich hauptsächlich auf inhaltliche Gründe zurückführen (28% aller Erstnennungen, 31% aller Nennungen). Persönliche Gründe spielten praktisch keine Rolle (unter 1% resp. 1%). Auffällig ist der mit 52 Prozent sehr hohe Anteil an Nein-Stimmenden, die keine Antwort gaben oder nicht wussten, warum sie Nein gestimmt hatten, was angesichts der geringen Zahl an Nein-Stimmenden beim Gegenentwurf wenig überrascht.

Bei den inhaltlichen Gründen stand die Präferenz für die Initiative im Vordergrund: 13 Prozent (resp. 14%) gaben an, die Initiative sei die bessere Lösung. Weitere 7 Prozent (resp. 8%) sahen keinen Mehrwert im Gegenentwurf bzw. erachteten den Status quo als ausreichend. Vereinzelt wurde auch erwähnt, der Gegenentwurf sei nicht zeitgemäss bzw. Bargeld habe keine Zukunft (2% resp. 2%).

Persönliche Gründe wurden kaum genannt. Weder die eigene Bargeldnutzung noch persönliche Relevanzmangel spielten eine messbare Rolle als Ablehnungsgrund.

Tabelle 19: Entscheidungsgründe Kontra – Gegenentwurf (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Inhaltliche Gründe	28	98	31	104
Initiative besser	13	31	14	33
kein Mehrwert/Status quo genügt	7	39	8	44

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
nicht zeitgemäss/Bargeld hat keine Zukunft	2	1	2	1
Persönliche Gründe	0	8	1	10
nutze kaum/nie Bargeld	0	2	0	2
bargeldloses Bezahlen passt für mich	0	1	0	1
für mich nicht relevant	0	5	0	7
Allgemeines	5	17	9	20
Anderes	14	39	16	46
Empfehlungen	2	3	2	4
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	0	0	0
weiss nicht/keine Antwort	52	268	52	268

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Neben den offenen Entscheidungsgründen wurden den Befragten auch konkrete Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 20). Aufschlussreich ist dabei nicht nur, wie verbreitet einzelne Argumente insgesamt waren, sondern inwieweit sie zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden. Wo die Bewertung der beiden Lager weit auseinanderlag, dürften die entsprechenden Argumente besonders entscheidend gewesen sein.

Insgesamt fanden die Pro-Argumente («Pro» bezogen auf Bargeld-Initiative) in der Bevölkerung breite Zustimmung, sowohl bei Ja- als auch bei Nein-Stimmenden beider Vorlagen. Besonders deutlich zeigte sich dies beim Argument, wonach Bargeld ein Stück persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung bedeute: 78 Prozent aller Stimmenden stimmten dieser Aussage zu. Erwartungsgemäss fiel die Zustimmung unter den Ja-Stimmenden der Initiative mit 94 Prozent am höchsten aus, doch auch die Nein-Stimmenden der Initiative befürworteten das Argument zu 66 Prozent. Beim Gegenentwurf zeigte sich ein ähnliches Bild: 88 Prozent der Ja-Stimmenden und 85 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten der Aussage zu. Das Argument fand damit lagerübergreifend hohe Unterstützung.

Ähnlich verhält es sich beim Argument, wonach Noten und Münzen wichtig seien, weil sie auch ohne Strom oder digitale Infrastruktur funktionierten: Insgesamt stimmten 89 Prozent der Befragten dieser Aussage zu. Die Zustimmung fiel bei den Ja-Stimmenden beider Vorlagen erwartungsgemäss etwas höher aus (96% bei der Initiative resp. 94% beim Gegenentwurf) als bei den Nein-Stimmenden (84% resp. 91%). Auch dieses Argument fand lagerübergreifend sehr hohe Unterstützung.

Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Argument, wonach es wichtig sei, ausdrücklich den Schweizer Franken zu schützen und nicht nur allgemein Bargeld: Insgesamt stimmten 73 Prozent dieser Aussage zu. Die Ja-Stimmenden befürworteten das Argument zu 84 Prozent, Nein-Stimmende zu 66 Prozent. Beim Gegenentwurf hingegen zeigten sich Ja- und Nein-Stimmende nahezu gleich einverstanden (79% resp. 80%).

Deutlich weniger Unterstützung erhielt das Argument, wonach über die Sicherung des Bargeldes in erster Linie die Politik im Auftrag des Volkes entscheiden solle und nicht die Nationalbank. Insgesamt stimmten lediglich 44 Prozent dieser Aussage zu, womit es das am wenigsten geteilte Pro-Argument darstellt. Gleichzeitig zeigte sich hier der grösste Graben zwischen den Lagern: Während 60 Prozent der Ja-Stimmenden der Initiative dieser Aussage zustimmten, waren es bei den Nein-Stimmenden mit 32 Prozent knapp halb so viele. Bei den Stimmenden des Gegenentwurfs lagen die Werte näher beieinander, mit 53 Prozent Zustimmung bei den Ja-Stimmenden und 49 Prozent bei den Nein-Stimmenden.

Bemerkenswert ist der Anteil an «weiss nicht/keine Angabe»-Antworten: Bei den Argumenten zur persönlichen Freiheit und zur Funktionsfähigkeit ohne Strom fiel dieser mit 5 resp. 3 Prozent gering aus. Deutlich höher lag er hingegen bei den Argumenten zur Frage, wer über die Sicherung des Bargeldes entscheiden soll (13%), sowie zum spezifischen Schutz des Schweizer Frankens gegenüber Bargeld allgemein (12%), also rund dreimal so hoch wie bei den erstgenannten Argumenten. Dies deutet darauf hin, dass diese eher technischen oder institutionellen Fragen für einen Teil der Bevölkerung schwerer einzuschätzen waren.

Bei den Kontra-Argumenten zeigte sich ein differenzierteres Bild. Das Argument, wonach der direkte Gegenentwurf des Parlaments Bargeld und Franken ausreichend schütze und die Initiative unnötig weitergehe, sowie das Argument, wonach die Schweizerische Nationalbank die Bargeldversorgung bereits zuverlässig gewährleiste und keine neue Verfassungsbestimmung brauche, fanden mit je 65 Prozent die breiteste Gesamtzustimmung. Erwartungsgemäss war der Graben zwischen den Lagern bei beiden Argumenten ausgeprägt: Beim Gegenentwurf-Argument stimmten 88 Prozent der Nein-Stimmenden der Initiative zu, gegenüber lediglich 40 Prozent der Ja-Stimmenden. Beim Argument, dass die SNB bereits zuverlässig die Bargeldversorgung gewährleistet, zeigte sich ein ähnliches Muster: Das Einverständnis-Verhältnis beträgt hier 82 Prozent Nein-Stimmende Gegenentwurf zu 46 Prozent Ja-Stimmende Gegenentwurf.

Ebenfalls vergleichsweise verbreitet war das Argument, wonach die heutige gesetzliche Regelung ausreiche, um die Bargeldversorgung langfristig sicherzustellen (60% total). Auch hier unterschieden sich die Lager deutlich: 74 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten zu, gegenüber 44 Prozent der Ja-Stimmenden der Initiative. Beim Gegenentwurf lagen die Werte mit 54 Prozent bei den Ja-Stimmenden und 44 Prozent bei den Nein-Stimmenden näher beieinander.

Am wenigsten Zustimmung erhielt das Argument, wonach die Initiative zu unpräzise formuliert sei und unnötige rechtliche Unsicherheiten schaffe (49% total). Zudem war bei diesem Argument der Anteil an «weiss nicht/keine Angabe»-Antworten mit 20 Prozent deutlich höher als bei den übrigen Kontra-Argumenten, was darauf hindeutet, dass viele Stimmende diese juristische Einschätzung schwer beurteilen konnten.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die Argumente zur Bargeld-Initiative und zum Gegenentwurf in der Bevölkerung auf ein grundsätzlich breites Fundament an Zustimmung stiessen. Die Pro-Argumente, insbesondere jene zu Freiheit, Sicherheit und dem Schutz des Schweizer Frankens, fanden auch unter den Nein-Stimmenden mehrheitliche Unterstützung. Dies verdeutlicht, dass die Abstimmung weniger die Frage betraf, ob Bargeld geschützt werden soll, sondern vielmehr wie dies geschehen soll. Die Kontra-Argumente, insbesondere jene zur Zuständigkeit der Nationalbank und zur Tragweite des Gegenentwurfs, liefern eine Erklärung dafür, weshalb die Mehrheit der Abstimmenden die Initiative ablehnte, den Gegenentwurf jedoch befürwortete.

Tabelle 20: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente Initiative		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Mit Bargeld zu bezahlen, bedeutet ein Stück persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung.	total (Initiative)	78	17	5
	Ja-Stimmende (Initiative)	94	4	2
	Nein-Stimmende (Initiative)	66	29	5
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	88	9	3
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	85	13	2
Noten und Münzen sind wichtig, weil sie auch ohne Strom oder digitale Infrastruktur funktionieren.	total (Initiative)	89	8	3
	Ja-Stimmende (Initiative)	96	3	1
	Nein-Stimmende (Initiative)	84	13	3
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	94	5	1
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	91	6	3
Über die Sicherung von Noten und Münzen soll in erster Linie die Politik im Auftrag des Volkes entscheiden, nicht die Nationalbank.	total (Initiative)	44	43	13
	Ja-Stimmende (Initiative)	60	31	9
	Nein-Stimmende (Initiative)	32	53	15
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	53	37	10
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	49	38	13
Es ist richtig, dass ausdrücklich der Schweizer Franken geschützt wird und nicht nur allgemein Bargeld, das auch digitale Formen von Geld umfassen kann.	total (Initiative)	73	15	12
	Ja-Stimmende (Initiative)	84	9	7
	Nein-Stimmende (Initiative)	66	20	14

Pro-Argumente Initiative		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	79	11	10
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	80	14	6
Kontra-Argumente Initiative				
Die heutige gesetzliche Regelung reicht aus, um die Bargeldversorgung langfristig sicherzustellen.	total (Initiative)	60	26	14
	Ja-Stimmende (Initiative)	44	43	13
	Nein-Stimmende (Initiative)	74	13	13
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	54	34	13
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	44	42	13
Die Initiative ist zu unpräzise formuliert und schafft unnötige rechtliche Unsicherheiten.	total (Initiative)	49	31	20
	Ja-Stimmende (Initiative)	34	47	19
	Nein-Stimmende (Initiative)	62	18	20
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	44	37	19
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	32	51	18
Die Schweizerische Nationalbank gewährleistet die Bargeldversorgung bereits zuverlässig. Es braucht keine neue Verfassungsbestimmung.	total (Initiative)	65	24	11
	Ja-Stimmende (Initiative)	46	42	12
	Nein-Stimmende (Initiative)	82	9	9
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	57	33	10
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	50	37	13
Der direkte Gegenentwurf des Parlaments schützt Bargeld und Franken ausreichend, die Initiative geht unnötig weiter.	total (Initiative)	65	23	12
	Ja-Stimmende (Initiative)	40	46	14
	Nein-Stimmende (Initiative)	88	4	8
	Ja-Stimmende (Gegenentwurf)	58	30	12
	Nein-Stimmende (Gegenentwurf)	38	51	11

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Das Total basiert auf den Gewichtungen der Bargeld-Initiative. Die Einstufung der Argumente als «Pro»

oder «Kontra» bezieht sich auf die Bargeld-Initiative; dieselben Argumente können sinngemäss auch auf den Gegenentwurf angewendet werden. Lesebeispiel zum ersten Argument: 78 Prozent aller Stimmenden (sowie 94% aller Ja-Stimmenden bzw. 66% aller Nein-Stimmenden der Bargeld-Initiative und 88% bzw. 85% des Gegenentwurfs) pflichteten dem Pro-Argument bei, mit Bargeld zu bezahlen bedeutet ein Stück persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung. 17 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 5 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe» N für alle Argumente: Bargeld-Initiative Total 2'293, Ja-Stimmende 1'253, Nein-Stimmende 1'040; Gegenentwurf Total 2'037, Ja-Stimmende 1'605, Nein-Stimmende 432.

5 SRG-Initiative

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die SVP, der Schweizerische Gewerbeverband und die Jungfreisinnigen reichten am 10. August 2023 die Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» mit 126'290 gültigen Unterschriften ein. Die Initiative verlangt, die SRG-Gebühren für Privathaushalte von 335 auf 200 Franken zu senken und Unternehmen vollständig von der Abgabe zu befreien. Durch die Kürzung der Gebühren soll sich die SRG verkleinern und sich auf ein Grundangebot beschränken. Private Medien sind von der Gebührensenkung nicht betroffen und sollen dadurch gestärkt werden. Die Befürworter:innen begründen dies damit, dass die Schweiz im internationalen Vergleich besonders hohe Gebühren erheben täte, die SRG ihren Auftrag überschreite und die Entlastung angesichts steigender Lebenshaltungskosten notwendig sei.

Der Bundesrat beschloss aufgrund der SRG-Initiative ein Gegenprojekt, durch das die Haushalte und Unternehmen entlastet werden und die Abgaben bis 2029 schrittweise auf 300 Franken gesenkt werden sollen. Ausserdem erhöht er ab 2027 die Umsatzschwelle, ab der die Unternehmen die Abgabe bezahlen müssen, von 500'000 auf 1,2 Millionen Franken. Diese Senkung der Gebühren sei ausgewogen und die SRG sei bereits daran, Sparmassnahmen umzusetzen. Trotzdem könne die SRG weiterhin an mehreren Standorten in der Schweiz präsent bleiben und in allen Sprachregionen Radio- und Fernsehprogramme sowie Online-Inhalte anbieten, die qualitativ gut und attraktiv bleiben.

Die SVP ist die einzige der grösseren Parteien, die sich für die SRG-Initiative ausspricht. Alle anderen Parteien fassten die Nein-Parole. Im Nationalrat lagen die Nein-Stimmen bei 115 und die Ja-Stimmen bei 76. Der Ständerat lehnte mit einem Stimmenverhältnis von 37 zu 7 Stimmen die Initiative ab.

Die SRG-Initiative wurde am 8. März 2026 von 61.9 Prozent der Stimmbevölkerung und von allen Ständen abgelehnt. Damit wurde nach der «No-Billag»-Initiative, das zweite Volksbegehren, das sich gegen die SRG-Gebühren richtet, abgewiesen.

5.2 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen und soziodemografischen Merkmale liefern Hinweise zur Interpretation des Nein-Entscheidung zur SRG-Initiative (Tabellen 21 und 22).

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich sehr deutliche Unterschiede. Je weiter rechts sich die Stimmberechtigten positionierten, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Während links aussen positionierte Personen lediglich zu 9 Prozent zustimmten und der Ja-Anteil bei Links-Positionierten 17 Prozent beträgt, liegt er im politischen Zentrum bei 31 Prozent. Bei Rechts-Positionierten stieg die Zustimmung auf 45 Prozent an und erreichte bei rechts aussen positionierten Personen mit 75 Prozent den Höchstwert.

Auch die Parteisympathie zeichnet ein polarisiertes Bild. Die höchste Zustimmung verzeichneten Sympathisierende der SVP mit 75 Prozent. Bei Sympathisierenden der FDP liegt der Ja-Anteil bei 38 Prozent, bei parteiunabhängigen Personen beträgt er 35 Prozent. Tiefer fiel die Zustimmung bei Sympathisierenden der Mitte (27%) und der SP (18%) aus. Geringe bzw. geringste Ja-Anteile weisen Sympathisierende der GLP (11%) und der Grünen (10%) auf. Sympathisierende anderer Parteien haben mit 32 Prozent im Vergleich einen mittleren Zustimmungswert.

Das Vertrauen in politische und mediale Institutionen zeigt ebenfalls deutliche Zusammenhänge mit dem Stimmenscheid. Der stärkste Zusammenhang zeigt sich beim Vertrauen in die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG SSR). Personen mit sehr geringem Vertrauen unterstützten die Initiative zu 86 Prozent, während der Ja-Anteil bei sehr hohem Vertrauen nur noch 11 Prozent beträgt. Ähnliche Muster zeigen sich beim Vertrauen in Medien, in Journalist:innen und in Kulturschaffende. Je höher das Vertrauen in diese Akteure ist, desto tiefer ist die Zustimmung zur Initiative. Beim Vertrauen in private Medienanbieter ist dieser Zusammenhang ebenfalls vorhanden, jedoch deutlich schwächer ausgeprägt. Das Vertrauen in den Bundesrat wirkte sich ebenfalls signifikant auf den Stimmenscheid aus. Mit zunehmendem Vertrauen in den Bundesrat sinkt die Zustimmung von 70 Prozent bei sehr geringem Vertrauen auf 25 Prozent bei sehr hohem Vertrauen.

Auch normative Wertehaltungen stehen in Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten. Personen, für die eine Schweiz, die ihre Tradition schützt wichtiger ist als eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, stimmen der Vorlage zu 67 Prozent zu. Bei einer gemischten Haltung sank der Ja-Anteil auf 34 Prozent, während unter Befragten, die eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, bevorzugen, lediglich 16 Prozent zustimmten. Ebenfalls ein Effekt zeigt sich bei wirtschaftlichen Grundhaltungen: Personen, die mehr Wettbewerb auf dem Markt bevorzugen, stimmten der Vorlage mit 53 Prozent deutlich häufiger zu als Befragte mit gemischten Haltungen (27%) oder mit Präferenz für stärkere Staatseingriffe (29%). Schliesslich wirkten sich auch wirtschaftspolitische Wertehaltungen auf den Stimmenscheid aus. Personen, die die Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe befürworteten, unterstützten die Vorlage mit 58 Prozent häufiger als Befragte mit einer gemischten Haltung (37%) oder mit einer Präferenz für die staatliche Kontrolle von Staatsbetrieben (35%).

Tabelle 21: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	38.1	2345	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.45***
links aussen (0-2)	9	293	± 3.3
links (3-4)	17	461	± 3.4
Mitte (5)	31	539	± 3.9
rechts (6-7)	45	487	± 4.4
rechts aussen (8-10)	75	380	± 4.4
Parteisympathie			V=0.49***
SVP	75	448	± 4
FDP	38	370	± 5
Die Mitte	27	305	± 5
GLP	11	152	± 5
SP	18	408	± 3.7
Grüne	10	162	± 4.6
andere Partei	32	139	± 7.8
keine	35	169	± 7.2
Vertrauen in Bundesrat			V=0.31***
sehr gering bis gering (0-4)	70	320	± 5
mittel (5)	42	392	± 4.9
hoch (6-7)	36	655	± 3.7
sehr hoch (8-10)	25	901	± 2.8
Vertrauen in Medien			V=0.44***
sehr gering bis gering (0-4)	65	765	± 3.4
mittel (5)	32	560	± 3.9
hoch (6-7)	18	608	± 3.1
sehr hoch (8-10)	15	302	± 4
Vertrauen in Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft, SRG SSR			V=0.61***
sehr gering bis gering (0-4)	86	458	± 3.2
mittel (5)	54	295	± 5.7
hoch (6-7)	29	559	± 3.8
sehr hoch (8-10)	11	981	± 2

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
Vertrauen in Journalist:innen			V=0.42***
sehr gering bis gering (0-4)	65	693	± 3.6
mittel (5)	36	488	± 4.3
hoch (6-7)	21	649	± 3.1
sehr hoch (8-10)	17	443	± 3.5
Vertrauen in Kulturschaffende			V=0.37***
sehr gering bis gering (0-4)	61	610	± 3.9
mittel (5)	35	442	± 4.5
hoch (6-7)	26	599	± 3.5
sehr hoch (8-10)	16	484	± 3.3
Vertrauen in Private Medienanbieter (z.B. TX Group, Ringier, CH Media, NZZ Mediengruppe)			V=0.19***
sehr gering bis gering (0-4)	48	869	± 3.3
mittel (5)	33	537	± 4
hoch (6-7)	29	533	± 3.9
sehr hoch (8-10)	25	218	± 5.8
Wertehaltung: A) eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft, oder B) eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt			V=0.26***
mehr Staatseingriffe	29	407	± 4.4
gemischte Wertehaltung	27	903	± 2.9
mehr Wettbewerb	53	756	± 3.6
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder B) eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt			V=0.41***
Zeitgeist	16	665	± 2.8
gemischte Wertehaltung	34	932	± 3
Traditionen schützen	67	657	± 3.6
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die alle ihre ehemaligen Staatsbetriebe wie die Post, die Swisscom und die SBB vollständig privatisiert, oder B) eine Schweiz, in der der Bund die Kontrolle über die Staatsbetriebe behält			V=0.13***
Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe	58	181	± 7.2
gemischte Wertehaltung	37	507	± 4.2
Bund behält Kontrolle über Staatsbetriebe	35	1529	± 2.4

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = p < 0.001, ** = p < 0.01, * = p < 0.05.

Der Vergleich zwischen den Altersgruppen zeigt schwach ausgeprägte Unterschiede. Die höchsten Zustimmungswerte (43% resp. 45%) finden sich bei den unter 40-Jährigen. Während die Ja-Anteile bei den 40-49-Jährigen und den 60-69-Jährigen bei rund einem Drittel liegen, erreicht er bei den 50-59-Jährigen nochmals 41 Prozent. Bei den über 70-Jährigen betrug der Ja-Anteil 36 Prozent. Nach Geschlecht bestehen keine signifikanten Unterschiede im Stimmverhalten. Der Blick auf den Bildungsgrad lässt hingegen einen Zusammenhang erkennen: Je höher die formale Bildung ist, desto tiefer fallen die Zustimmungswerte aus. Personen mit beruflicher Grundbildung weisen mit 49 Prozent den höchsten Ja-Anteil auf, gefolgt von Personen ohne nachobligatorische Bildung (40%). Deutlich tiefer liegt die Zustimmung bei Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung (33%) sowie bei Hochschulabsolvent:innen (30%). Auch beim Haushaltseinkommen zeigt sich ein Zusammenhang. Die höchste Zustimmung zeigte sich bei einem Haushaltseinkommen bis 3'000 Franken (53%). Mit steigendem Einkommen nimmt die Zustimmung tendenziell ab und erreicht bei Haushaltseinkommen zwischen 9'000 und 11'000 Franken mit 27 Prozent den Tiefstwert. In der höchsten Einkommensgruppe steigt die Zustimmung wieder leicht (34%) an.

Tabelle 22: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	38.1	2345	
Alter			V=0.1**
18-29 Jahre	43	265	± 6
30-39 Jahre	45	315	± 5.5
40-49 Jahre	32	371	± 4.8
50-59 Jahre	41	471	± 4.4
60-69 Jahre	32	483	± 4.2
70 Jahre und älter	36	440	± 4.5
Geschlecht			V=0.03
Männer	40	1166	± 2.8
Frauen	37	1179	± 2.8
Bildungsgrad			V=0.16***
ohne nachobligatorische Bildung	40	224	± 6.4
berufliche Grundbildung/Berufslehre	49	690	± 3.7
Maturität/höhere Berufsbildung	33	623	± 3.7
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	30	754	± 3.3
Haushaltseinkommen			V=0.12***
bis 3'000 CHF	53	91	± 10.3
3'000-5'000 CHF	43	243	± 6.2
5'000-7'000 CHF	39	359	± 5.1
7'000-9'000 CHF	37	338	± 5.2

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
9'000-11'000 CHF	27	286	± 5.2
über 11'000 CHF	34	693	± 3.5

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

5.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die Ja-Motive (Tabelle 23) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: finanzielle Gründe (37% aller Erstnennungen, 43% aller Nennungen), Kritik an SRG (30% resp. 36%) und medienpolitische Gründe (5% resp. 7%).

Im Vordergrund standen für die Ja-Stimmenden finanzielle Argumente. 16 Prozent (resp. 18%) der Ja-Stimmenden begründeten ihre Zustimmung damit, dass die Gebühren zu teuer seien. Weitere 8 Prozent (resp. 10%) gaben an, die SRG-Angebote nicht zu nutzen, während 6 Prozent (resp. 7%) der Ansicht waren, dass 200 Franken für die Auftrags Erfüllung ausreichen würden. Eine zweite Motivgruppe umfasst die Kritikpunkte rund um die SRG. Dabei wurde insbesondere ein als unausgewogen oder linkslastig wahrgenommenes Informationsangebot genannt (15 resp. 17%). Weitere 8 Prozente (resp. 10%) zählten als Grund für die Zustimmung zur Initiative die ungenügende Programmqualität auf, während 2 Prozent (resp. 6%) Ineffizienz und Verschwendung als Argument nannten. Demgegenüber spielten medienpolitische Gründe eine untergeordnete Rolle. Einzelne Befragte begründeten ihre Zustimmung damit, dass sich die SRG auf ihren Informationsauftrag beschränken (beide Nennungskategorien 2%), weniger Unterhaltung anbieten (beide 2%) oder zum Service-public-Kernauftrag zurückkehren sollte (je 1%).

Tabelle 23: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Finanzielle Gründe	37	261	43	291
Gebühren zu teuer	16	123	18	137
Nutze SRG-Angebote nicht	8	44	10	60
200 Franken reichen für Auftragserfüllung	6	38	7	45
Kritik an SRG	30	166	36	204
unausgewogenes Informationsangebot/Linkslastigkeit	15	69	17	82
ungenügende Programmqualität	8	45	10	62
Ineffizienz/Verschwendung	2	14	6	24
Medienpolitische Gründe	5	31	7	39
SRG soll sich auf Information beschränken	2	7	2	9
weniger Unterhaltung durch SRG	2	10	2	13
Rückkehr zum Service public Kernauftrag	1	6	1	8
Allgemeines	5	48	6	56
Anderes	3	34	6	57
Empfehlungen	0	2	0	2
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	5	37	6	44
weiss nicht/keine Antwort	28	264	28	264

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Bei den Nein-Motiven (Tabelle 24) lassen sich ebenfalls drei Argumentationskategorien erkennen. Die Ablehnung der SRG-Initiative stützt sich insbesondere auf die Bedeutung einer starken SRG (38% aller Erstnennungen, 42% aller Nennungen), die Bewertung der SRG (18% resp. 22%) sowie finanziellen Gründen (16% resp. 23%).

Im Zentrum für die Nein-Stimmenden stand die Bedeutung einer starken SRG 20 Prozent (resp. 22%) begründeten ihre Ablehnung damit, dass sie die Unabhängigkeit der SRG bewahren wollen. Weitere Argumente betrafen die Bedeutung der SRG für die Sprachregionen (7% resp. 10%) sowie für die Demokratie (8% resp. 9%). Eine zweite wichtige Motivgruppe betrifft die Bewertung der SRG. 9 Prozent (resp. 11%) erwähnten die Glaubwürdigkeit der Informationen, während ebenfalls 9 Prozent (resp. 10%) die Qualität der SRG-Angebote betonten. Auch qualitativ guter Journalismus wurde als Argument genannt (2% resp. 4%). Eine weitere Rolle bei der Ablehnung der Initiative spielten finanzielle Argumente. 7 Prozent (resp. 9%) der Nein-Stimmenden gaben an, dass 200 Franken für die Auftragserfüllung zu wenig seien. Weitere 6 Prozent (resp. 8%) betonten die Notwendigkeit einer ausreichenden Finanzierung der SRG, während 2 Prozent (resp. 3%) allgemein darauf verwiesen, dass der Service public finanziert werden müsse.

Tabelle 24: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Starke SRG	38	522	42	582
Unabhängigkeit der SRG bewahren	20	285	22	322
wichtig für Sprachregionen	7	94	10	129
wichtig für Demokratie	8	95	9	110
Finanzielle Gründe	16	211	23	299
200 Franken sind zu wenig	7	88	9	124
SRG braucht ausreichende Finanzierung	6	84	8	107
Service public muss finanziert werden	2	17	3	20
Bewertung der SRG	18	277	22	326
glaubwürdige Information	9	109	11	140
qualitativ gute Angebote der SRG	9	151	10	168
qualitativ guter Journalismus	2	34	4	52
Allgemeines	7	113	12	188
Anderes	2	41	6	94
Empfehlungen	1	21	4	63
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	2	33	2	38
weiss nicht/keine Antwort	20	402	20	402

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

5.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 25 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu ausgewählten Pro- und Kontra-Argumenten zur SRG-Initiative, differenziert nach Ja- und Nein-Stimmenden. Je grösser die Unterschiede zwischen diesen Gruppen ausfallen, desto eher waren die jeweiligen Argumente bei der Abstimmung entscheidend.

Insgesamt fanden die Kontra-Argumente bei den Stimmberechtigten eine deutlich breitere Zustimmung als die Pro-Argumente. Während die Gegnerschaft der Initiative die Kontra-Argumente grossmehrheitlich teilte, stiessen die Pro-Argumente in der Gesamtbevölkerung auf deutlich geringere Zustimmung und überzeugten primär die Ja-Stimmenden.

Über alle Argumente hinweg erzielte die höchste Zustimmung das Kontra-Argument, wonach die Radio- und Fernsehgebühr ein Zeichen der Solidarität gegenüber kleineren Landesteilen sei. Insgesamt stimmten 72 Prozent dieser Aussage zu. Unter den Nein-

Stimmenden betrug die Zustimmung 88 Prozent, während auch 46 Prozent der Ja-Stimmenden dieses Argument teilten. Ebenfalls hohe Zustimmung (66%) fand das Kontra-Argument, dass eine geschwächte SRG die sachliche Information der Bevölkerung und damit eine zentrale Grundlage der direkten Demokratie gefährde. Bei den Nein-Stimmenden betrug die Zustimmung 91 Prozent, während diese bei den Ja-Stimmenden bei 27 Prozent lag. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den Kontra-Argumenten. Das Argument, dass die SRG eine zentrale Rolle für die Förderung und Sichtbarkeit der Schweizer Kultur spiele und eine Gebührensenkung dieser schaden würde, wurde ebenfalls von einer klaren Mehrheit (62%) unterstützt. Bei der Gegnerschaft betrug die Zustimmung 87 Prozent, während sich ein Viertel der Befürwortenden damit einverstanden zeigte. Etwas geringer, aber dennoch mehrheitlich unterstützt (57%), wurde das Argument, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis zwischen Programmleistungen und Gebühren stimmen würde. 79 Prozent der Nein-Stimmenden unterstützten dieses Argument und 22 Prozent bei den Ja-Stimmenden. Schliesslich erlangte auch das Kontra-Argument, dass nur mit der heutigen Finanzierung der SRG wirksam gegen Desinformation und Einflussnahme vorgegangen werden könne, eine mehrheitliche Zustimmung. Insgesamt stimmten 56 Prozent zu. Bei der Gegnerschaft betrug der Zustimmungswert 79 Prozent gegenüber 22 Prozent bei den Befürwortenden.

Die Pro-Argumente fanden insgesamt deutlich geringere Zustimmung. Die höchste Zustimmung unter den Pro-Argumenten erhielten mit jeweils 38 Prozent zwei Argumente. Zum einen die Kritik, dass die SRG mit ihrem Unterhaltungs- und Sportangebot ihren Service-public-Auftrag überschreite und mit deutlich weniger Mitteln auskommen könnte. Diesem Argument stimmten 72 Prozent der Ja-Stimmenden zu, während der Anteil der Nein-Stimmenden bei 17 Prozent lag. Zum anderen das Argument, dass die heutige Radio- und Fernsehgebühr Unternehmen unnötig belaste, obwohl sie das Angebot nicht nutzen könnten, und eine Senkung entsprechend eine Entlastung des Gewerbes darstelle. 66 Prozent der Befürwortenden der Initiative unterstützten dieses Argument, während der Anteil der Nein-Stimmenden bei 21 Prozent lag. Ein ähnlich hoher Gesamtzustimmungswert zeigt sich beim Argument, dass die heutige Gebühr zu hoch sei und eine Senkung Haushalte entlaste (36%). Dieses Argument war unter den Pro-Argumenten das am stärksten polarisierende: 78 Prozent der Ja-Stimmenden stimmten zu, während nur 10 Prozent der Nein-Stimmenden diese Ansicht teilten. Ebenfalls 36 Prozent unterstützten die Aussage, dass das Informationsangebot der SRG politisch einseitig sei. 67 Prozent der Ja-Stimmenden stimmten dem zu, während der Anteil der Nein-Stimmenden bei 18 Prozent lag. Am wenigsten Zustimmung erhielt schliesslich das Argument, dass die Online- und Social-Media-Aktivitäten der SRG den Wettbewerb zulasten privater Medien verzerren würden (25%). Bei der Gegnerschaft betrug die Zustimmung 12 Prozent, während sich 47 Prozent der Befürwortenden damit einverstanden zeigten.

Tabelle 25: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Das Informationsangebot der SRG ist politisch einseitig und bildet nicht alle Sichtweisen gleichwertig ab.	total	36	57	7
	Ja-Stimmende	67	25	8
	Nein-Stimmende	18	77	4

Pro Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Die SRG überschreitet mit ihrem Unterhaltungs- und Sportangebot ihren Service-Public-Auftrag und könnte mit deutlich weniger Geld auskommen.	total	38	55	7
	Ja-Stimmende	72	20	8
	Nein-Stimmende	17	78	5
Die heutige Abgabe ist zu hoch. Eine Senkung auf 200 Franken entlastet Haushalte spürbar und passt besser zur heutigen Mediennutzung.	total	36	59	5
	Ja-Stimmende	78	18	4
	Nein-Stimmende	10	86	4
Die starke Online- und Social-Media-Präsenz der SRG mit Textangeboten verzerrt den Wettbewerb zulasten privater Medien.	total	25	58	17
	Ja-Stimmende	47	34	19
	Nein-Stimmende	12	74	15
Die heutige Radio- und Fernsehgebühr belastet Unternehmen unnötig, obwohl sie das Angebot nicht nutzen können. Die Initiative entlastet das Gewerbe und beseitigt eine ungerechtfertigte Abgabe.	total	38	50	11
	Ja-Stimmende	66	22	12
	Nein-Stimmende	21	69	10
Kontra-Argumente				
Das Kosten-Nutzen-Verhältnis zwischen Programmleistungen und Gebühren stimmt.	total	57	34	9
	Ja-Stimmende	22	69	9
	Nein-Stimmende	79	13	8
Die Radio- und Fernsehgebühr ist ein Zeichen der Solidarität gegenüber kleineren Landesteilen.	total	72	19	10
	Ja-Stimmende	46	41	12
	Nein-Stimmende	88	5	6
Eine geschwächte SRG gefährdet die sachliche Information der Bevölkerung und damit eine zentrale Grundlage der direkten Demokratie.	total	66	28	7
	Ja-Stimmende	27	63	10
	Nein-Stimmende	91	7	3
Nur mit der aktuellen Empfangsgebühr kann die SRG Fake News, Propaganda und Trumpismus sowie Einflussnahme im In- und Ausland wirksam entgegen-treten.	total	56	34	10
	Ja-Stimmende	22	69	10
	Nein-Stimmende	79	13	9
Die SRG spielt eine zentrale Rolle für die Förderung und Sichtbarkeit der Schweizer Kultur. Wird die Abgabe auf 200 Franken gekürzt, leidet die Schweizer Kultur langfristig darunter.	total	62	31	7
	Ja-Stimmende	25	66	10
	Nein-Stimmende	87	10	4

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 36 Prozent aller Stimmenden (sowie 67% aller Ja-Stimmenden bzw. 18% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass das Informationsangebot der SRG politisch einseitig sei und nicht alle Sichtweisen gleichwertig abbilde. 57 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 7 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'345 Ja-Stimmende 767, Nein-Stimmende 1'578.

6 Klimafonds-Initiative

6.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Am 8. April 2024 kam die Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» mit 102'354 gültigen Unterschriften zustande. Die Initiative von SP und Grünen verlangt, dass der Bund einen Fonds zur Bekämpfung des Klimawandels einrichtet. Jährlich sollen 0.5 bis 1 Prozent des Schweizer BIP in den Fonds einbezahlt werden, was ungefähr 4 bis 8 Milliarden Franken entspräche. Der Fonds soll die Reduktion der Treibhausgasemissionen, einen effizienten Energieverbrauch sowie den Ausbau erneuerbarer Energien fördern. Die Massnahmen sollen die Biodiversität fördern. Im Weiteren soll das Angebot an Aus- und Fortbildungsplätzen für Fachkräfte unterstützt werden. Ausserdem fordert die Initiative eine sozial gerechte Umsetzung und Finanzierung.

Bundesrat und Parlament empfahlen, die Klimafonds-Initiative abzulehnen. Sie anerkennen, dass für den Klimaschutz grosse Investitionen nötig seien, die Initiative würde aber zu weit gehen. Bereits heute würden Bund, Kantone und Gemeinden viel machen, um das Netto-Null-Ziel bis 2050 zu erreichen. Ein neuer Fonds würde den Bundeshaushalt belasten und die Schuldenbremse schwächen. Die Initiative würde einen Grossteil der Verantwortung auf staatliche Subventionen verlagern und damit die Anreize für Bevölkerung und Unternehmen schwächen, ihren CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Die Kosten für die Umweltschäden sollen primär durch die Verursacher:innen und nicht die Allgemeinheit getragen werden.

Im Nationalrat stimmten 127 Volksvertreter:innen mit «Nein» und 69 mit «Ja». Im Ständerat ergab die Abstimmung 33 Nein-Stimmen gegenüber von 11 Ja-Stimmen. Die grossen Parteien aus dem Mitte- und Rechtsspektrum lehnten die Initiative ab.

Die Klimafonds-Initiative wurde am 8. März 2026 deutlich verworfen: 70.7 Prozent der Stimmbevölkerung stimmten gegen die Initiative, kein Stand befürwortete sie.

6.2 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Einstellungen liefern Hinweise für das Nein zur Klimafonds-Initiative (Tabelle 26).

Insgesamt spiegelte das Abstimmungsverhalten zur Klimafonds-Initiative die politischen Grundhaltungen wider. Besonders relevant waren die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse, Parteisympathie sowie das Vertrauen in wissenschaftliche, klima- und umweltorientierte Akteure.

Sehr deutliche Unterschiede zeigen sich entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung. Je weiter links sich die Stimmberechtigten selbst einordneten, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Während sich links aussen positionierte Personen mit 91 Prozent beinahe geschlossen für die Vorlage aussprachen und auch unter Links-Positionierten eine Mehrheit zustimmte (56%), bricht die Unterstützung in der politischen Mitte deutlich ein

(12%). Rechts des politischen Zentrums fiel die Zustimmung weiter ab und lag bei 7 Prozent, während am rechten Rand lediglich 3 Prozent ein Ja einlegten.

Ein ähnliches Polarisierungsmuster zeigt sich bei der Parteisympathie. Besonders hoch fiel die Zustimmung bei den Sympathisierenden der Grünen (92%) aus. Im Ranking der weiteren Parteien folgen die Anhänger:innen der SP (71%). Die Zustimmung fiel bei den Sympathisierenden der bürgerlichen Parteien sehr gering aus, insbesondere bei SVP (3%), FDP (6%) sowie der Mitte (8%). Anhänger:innen der GLP (34%) und Sympathisierende anderer Parteien (35%) nahmen eine Zwischenposition ein. Personen ohne Parteibindung stimmten mit 19 Prozent ebenfalls nur mit tiefem Wert zu.

Auch das Vertrauen in verschiedene Akteure steht in engem Zusammenhang mit dem Abstimmungsverhalten. Besonders stark ist der Zusammenhang beim Vertrauen in Klima-Aktivist:innen. Mit zunehmendem Vertrauen nahm die Zustimmung zur Klimafonds-Initiative zu. So dehnt sich das Spektrum der Ja-Anteile beim Vertrauen in Klima-Aktivist:innen von 7 Prozent bei geringem Vertrauen bis zu 90 Prozent bei sehr hohem Vertrauen aus. Ähnliche Muster zeigen sich beim Vertrauen in Umweltverbände sowie bei Klimaforscher:innen. Mit wachsendem Vertrauen in Umweltverbände steigt der Ja-Anteil von 4 Prozent (geringes Vertrauen) auf 73 Prozent (sehr hohes Vertrauen). Während bei geringem Vertrauen in Klimaforscher:innen 2 Prozent der Initiative zustimmten, beträgt der Ja-Anteil bei sehr hohem Vertrauen 50 Prozent. Demgegenüber zeigt sich beim Vertrauen in Wirtschaftsverbände ein gegenläufiges Muster. Wachsendes Vertrauen geht einher mit fallenden Ja-Anteilen: 39 Prozent (geringes Vertrauen) geht zurück auf 13 Prozent (sehr hohes Vertrauen).

Auch Wertehaltungen wirkten sich auf den Stimmentscheid aus. Personen, die dem Umweltschutz Priorität gegenüber wirtschaftlichem Wohlstand einräumen, stimmten der Vorlage mit 73 Prozent deutlich häufiger zu als Befragte mit gemischten Haltungen (18%) oder mit einer Präferenz für wirtschaftlichen Wohlstand (4%).

Tabelle 26: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	29.3	2223	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.67***
links aussen (0-2)	91	286	± 3.3
links (3-4)	56	442	± 4.6
Mitte (5)	12	493	± 2.9
rechts (6-7)	7	477	± 2.3
rechts aussen (8-10)	3	367	± 1.7
Parteisympathie			V=0.67***
SVP	3	431	± 1.6
FDP	6	353	± 2.5
Die Mitte	8	290	± 3.1
GLP	34	151	± 7.6

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
SP	71	394	± 4.5
Grüne	92	162	± 4.2
andere Partei	35	131	± 8.2
keine	19	149	± 6.3
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=0.21***
sehr gering bis gering (0-4)	39	809	± 3.4
mittel (5)	26	498	± 3.9
hoch (6-7)	22	479	± 3.7
sehr hoch (8-10)	13	223	± 4.4
Vertrauen in Umweltverbände			V=0.6***
sehr gering bis gering (0-4)	4	752	± 1.4
mittel (5)	11	401	± 3.1
hoch (6-7)	40	507	± 4.3
sehr hoch (8-10)	73	475	± 4
Vertrauen in Klimaforscherinnen und -forscher			V=0.46***
sehr gering bis gering (0-4)	2	458	± 1.3
mittel (5)	8	265	± 3.3
hoch (6-7)	18	458	± 3.5
sehr hoch (8-10)	50	978	± 3.1
Vertrauen in Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten			V=0.67***
sehr gering bis gering (0-4)	7	1252	± 1.4
mittel (5)	45	331	± 5.4
hoch (6-7)	66	341	± 5
sehr hoch (8-10)	90	230	± 3.9
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder B) eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz			V=0.6***
Umweltschutz wichtiger	73	599	± 3.6
gemischte Wertehaltung	18	937	± 2.5
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	4	525	± 1.7

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 27) zeigen verschiedene signifikante Unterschiede. Mit steigendem Alter sinkt der Ja-Anteil deutlich. 18-29-Jährige stimmten der Klimafonds-Initiative eher zu als ältere Stimmberechtigte.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich keine signifikanten Unterschiede. Der Zusammenhang beim Bildungsgrad fällt aber wiederum deutlich nach einem «je-desto»-Muster aus. Mit steigender formaler Bildung steigt ebenfalls die Zustimmung. Während Personen ohne nachobligatorische Bildung (16%) sowie mit beruflicher Grundbildung (18%) der Vorlage nur selten zustimmten, liegt der Ja-Anteil bei Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung bereits bei 30 Prozent. Höchste Werte der Zustimmung realisieren Hochschulabsolvent:innen mit einem Ja-Anteil von 41 Prozent. Auch beim Haushaltseinkommen lässt sich ein Deutungsschema beschreiben. Die höchste Zustimmung zeigt sich bei einem Haushaltseinkommen bis 3'000 Franken (42%) und nimmt mit steigendem Einkommen tendenziell ab. Befragte mit Haushaltseinkommen über 11'000 Franken weisen einen Ja-Anteil von nur noch 25 Prozent auf.

Tabelle 27: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	29.3	2223	
Alter			V=0.13***
18-29 Jahre	40	248	± 6.1
30-39 Jahre	34	298	± 5.4
40-49 Jahre	32	347	± 4.9
50-59 Jahre	25	440	± 4.1
60-69 Jahre	26	474	± 4
70 Jahre und älter	24	416	± 4.1
Geschlecht			V=0.03
Männer	28	1122	± 2.6
Frauen	31	1101	± 2.7
Bildungsgrad			V=0.22***
ohne nachobligatorische Bildung	16	209	± 5
berufliche Grundbildung/Berufslehre	18	643	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	30	590	± 3.7
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	41	739	± 3.6
Haushaltseinkommen			V=0.1*
bis 3'000 CHF	42	93	± 10.1
3'000-5'000 CHF	37	229	± 6.3
5'000-7'000 CHF	34	335	± 5.1
7'000-9'000 CHF	31	318	± 5.1
9'000-11'000 CHF	31	274	± 5.5
über 11'000 CHF	25	666	± 3.3

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

6.3 Die Motive

Anhand einer offenen Frage wurden die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein erhoben. Die Ja-Motive (Tabelle 28) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: Klima- und Umweltschutz (41% aller Erstnennungen, 45% aller Nennungen), wirtschaftliche Gründe (8 resp. 12%) und energiepolitische Gründe (3 resp. 4%)

Klima- und Umweltschutz standen für die Ja-Stimmenden im Vordergrund. 15 Prozent (resp. 16%) der Ja-Stimmenden begründeten ihre Zustimmung damit, dass die Initiative den Klimawandel bekämpfen würde. Weitere 13 Prozent (resp. 14%) nannten den Schutz von Umwelt und Natur als Grund, während 9 Prozent (resp. 11%) die Verantwortung für zukünftige Generationen als zentrales Argument anführten. Die zweite Motivgruppe fokussiert wirtschaftliche Überlegungen. Einzelne Befragte betonten den Mehrwert früherer Investitionen (1% resp. 3%), die Bedeutung von Energieautonomie bzw. wirtschaftlicher Unabhängigkeit (1% resp. 2%) sowie die Förderung von Innovation und Technologie (beide Nennungskategorien je 1%). Energiepolitische Überlegungen wurden ebenfalls vergleichsweise selten genannt. Dabei standen insbesondere die Förderung erneuerbarer Energien (beide 2%) im Vordergrund. Weitere Befragte nannten als Motive zur Annahme die Reduktion fossiler Energien (1%) und Aspekte der Versorgungs- und Energiesicherheit (1%).

Tabelle 28: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Klima- und Umweltschutz	41	270	45	292
Bekämpfung Klimawandel	15	96	16	103
Schutz von Umwelt/Natur	13	109	14	114
Verantwortung für zukünftigen Generationen	9	54	11	66
Wirtschaftliche Gründe	8	42	12	66
frühere Investitionen zeigen Mehrwert	1	11	3	16
Strom-Eigenversorgung/wirtschaftliche Unabhängigkeit	1	3	2	7
Förderung Innovation/Technologie	1	2	1	5
Energiepolitische Gründe	3	16	4	21
Förderung erneuerbarer Energien	2	12	2	15
Reduktion fossiler Energien	0	3	1	6
Energiesicherheit/Versorgungssicherheit	1	1	1	2
Allgemeines	35	227	42	266
Anderes	0	2	1	10
Empfehlungen	2	13	2	17
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	1	2	1	3
weiss nicht/keine Antwort	21	208	21	208

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Bei den Nein-Motiven (Tabelle 29) lassen sich drei unterschiedliche Argumentationskategorien identifizieren. Die Ablehnung der Klimafonds-Initiative stützt sich auf wirtschaftliche Gründe (24% resp. 27%), staatspolitische Gründe (22% resp. 25%),) und marktwirtschaftliche Gründe (10% beide).

Für die Nein-Stimmenden standen in erster Linie wirtschaftliche Argumente im Vordergrund. Am häufigsten wurde angeführt, dass die Vorlage mit zu hohen Kosten verbunden sei (15% bzw. 17%). Ebenfalls bedeutsam waren Bedenken hinsichtlich übermässiger staatlicher Ausgaben (7% bzw. 8%) sowie einer zusätzlichen Belastung der Steuerzahlenden (beide 3%). Insgesamt vereinten wirtschaftliche Gründe 24 Prozent der Hauptnennungen (27% aller Nennungen) auf sich. Eine weitere zentrale Rolle spielten staatspolitische Gründe. Insbesondere war die Einschätzung verbreitet, dass die Vorlage angesichts bestehender Alternativen unnötig sei (17% bzw. 18%). Weitere Nennungen betrafen eine falsche politische Prioritätensetzung (3% bzw. 4%) oder eine zu grosse Rolle des Staates (2% vs. 2%). Schliesslich wurden auch marktwirtschaftliche Argumente genannt. 7 Prozent nannten als Grund zur Ablehnung (alle Erstnennungen und alle Nennungen) ineffiziente Subventionen. Einzelne Befragte nannten zudem eine zu starke Regulierung bzw. staatliche Eingriffe (alle Erstnennungen und alle Nennungen 2%).

Tabelle 29: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Wirtschaftliche Gründe	24	304	27	336
zu hohe Kosten	15	183	17	201
zu hohe staatliche Ausgaben	7	73	8	81
Belastung Steuerzahlende	3	61	3	75
Staatspolitische Gründe	22	332	25	363
unnötig aufgrund anderer Lösungen	17	255	18	272
falsche politische Priorität	3	55	4	72
zu grosse Rolle des Staates	2	18	2	18
Marktwirtschaftliche Gründe	10	112	10	119
ineffiziente Subventionen	7	83	7	84
zu starke Regulierung/staatliche Eingriffe	2	25	2	27
Marktverzerrung	0	2	0	2
Allgemeines	19	259	26	357
Anderes	0	1	3	20
Empfehlungen	1	15	1	16
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	1	0	4

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
weiss nicht/keine Antwort	32	577	32	577

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

6.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 30 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu ausgewählten Pro- und Kontra-Argumenten, gruppiert nach Ja- und Nein-Stimmenden. Je grösser die Unterschiede zwischen diesen Gruppen ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über die Klimafonds-Initiative entscheidend.

Insgesamt fanden die Kontra-Argumente in der Bevölkerung mehr Zustimmung als die Pro-Argumente. Während die Befürwortenden die Pro-Argumente jeweils nahezu geschlossen unterstützten, zeigte sich auch unter den Nein-Stimmenden eine klare Zustimmung zu den Kontra-Argumenten.

Bei den Kontra-Argumenten erzielte die Aussage, wonach die vorgesehenen Ausgaben für den Klimafonds den Bundeshaushalt zu stark belasten würden, die höchste Zustimmung. Insgesamt stimmten 62 Prozent dieser Aussage zu. Unter den Nein-Stimmenden lag die Zustimmung bei 83 Prozent, während lediglich 16 Prozent der Ja-Stimmenden dieses Argument teilten. Ebenfalls mehrheitlich unterstützt wurde das Argument, dass die bestehenden Instrumente der Schweizer Klimapolitik grundsätzlich ausreichen täten. Insgesamt stimmten 56 Prozent zu. Während die Zustimmung bei den Nein-Stimmenden bei 79 Prozent lag, stimmten bei den Ja-Stimmenden nur 7 Prozent zu. Damit stellt dieses Argument das am stärksten polarisierende bei den Kontra-Argumenten dar. Die Aussage, dass mit dem Klimafonds zu viel Verantwortung vom Staat übernommen würde, statt Anreize für Private zu setzen, erhielt ebenfalls von einer Mehrheit Zustimmung. Dieses Argument findet insgesamt bei 52 Prozent aller Personen, die hier geantwortet haben, Zustimmung, wobei sich 69 Prozent der Nein-Stimmenden und 15 Prozent der Ja-Stimmenden hier einverstanden erklären.

Bei den Pro-Argumenten fand ein Argument mehrheitliche Zustimmung. Die Aussage, dass Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz die Versorgungssicherheit der Schweiz stärken würden, unterstützten 78 Prozent der Befragten. Die Zustimmung war sowohl unter den Ja-Stimmenden (97%) als auch unter den Nein-Stimmenden (73%) hoch, womit dieses Argument vergleichsweise wenig polarisierend wirkte und über alle Pro- und Kontra-Argumente die höchste Zustimmung erlangte. Deutlich stärker polarisierend war hingegen das Argument, dass ohne zusätzliche Milliardeninvestitionen die Schweiz beim Klimaschutz nicht schnell genug vorankomme. Insgesamt stimmten 37 Prozent zu, wobei die Zustimmung unter den Ja-Stimmenden sehr hoch (92%) und unter den Nein-Stimmenden deutlich tiefer (15%) ausfiel. Damit war dieses Argument das am stärksten polarisierende unter den Pro-Argumenten. Ebenfalls umstritten war die Aussage, dass ein staatlicher Fonds ein geeignetes Instrument zur gezielten Förderung von Klimaschutzmassnahmen darstellen täte. Insgesamt

unterstützten 44 Prozent dieses Argument. Eine Unterscheidung zwischen Ja- und Nein-Stimmenden zeigt hohe Werte (93%) bei Ja-Stimmenden und tiefe Werte – lediglich 24 Prozent – bei den Nein-Stimmenden.

Tabelle 30: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Ohne zusätzliche Milliardeninvestitionen kommt die Schweiz beim Klimaschutz nicht schnell genug voran.	total	37	54	9
	Ja-Stimmende	92	6	2
	Nein-Stimmende	15	76	10
Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz stärken die Versorgungssicherheit der Schweiz.	total	78	13	9
	Ja-Stimmende	97	2	1
	Nein-Stimmende	73	17	9
Ein staatlicher Fonds ist ein geeignetes Instrument, um Klimaschutzmassnahmen gezielt zu fördern.	total	44	45	12
	Ja-Stimmende	93	4	3
	Nein-Stimmende	24	63	13
Kontra-Argumente				
Die vorgesehenen Ausgaben für den Klimafonds würden den Bundeshaushalt zu stark belasten.	total	62	28	10
	Ja-Stimmende	16	77	7
	Nein-Stimmende	83	8	9
Die bestehenden Instrumente der Schweizer Klimapolitik reichen grundsätzlich aus.	total	56	35	9
	Ja-Stimmende	7	89	4
	Nein-Stimmende	79	13	8
Mit dem Klimafonds wird zu viel Verantwortung vom Staat übernommen, statt Anreize für Private zu setzen.	total	52	34	13
	Ja-Stimmende	15	75	10
	Nein-Stimmende	69	19	12

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozent. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht über all 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 37 Prozent aller Stimmenden (sowie 92 % aller Ja-Stimmenden bzw. 15 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass ohne zusätzliche Milliardeninvestitionen die Schweiz beim Klimaschutz nicht schnell genug voran kommt. 54 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 9 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'223 Ja-Stimmende 709, Nein-Stimmende 1'514.

7 Bundesgesetz über die Individualbesteuerung

7.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Das Schweizer Steuersystem unterscheidet zwischen verheirateten und unverheirateten Personen. Ehepaare werden gemeinsam besteuert, wobei ihre Einkommen zusammengezählt werden, und sie dadurch häufig in eine höhere Progressionsstufe gelangen. Unverheiratete hingegen werden individuell besteuert und bleiben dadurch meist in einer tieferen Progressionsstufe. Je nach Einkommensverteilung führt dies zu steuerlichen Ungleichheiten: Verdienen beide Ehepartner ähnlich viel, zahlen sie häufig mehr Steuern (Heiratsstrafe). Ist das Einkommen ungleich verteilt, profitieren sie eher von einem Steuervorteil (Heiratsbonus).

Die Reform beabsichtigt, die Individualbesteuerung einzuführen: Künftig wird jede Person unabhängig vom Zivilstand einzeln besteuert. Ziel ist eine gerechtere Besteuerung für alle. Künftig reicht jede Person eine eigene Steuererklärung ein, und es gilt ein einheitlicher Steuertarif. Ehepaare mit ähnlichen Einkommen werden tendenziell entlastet, während Einverdiener-Ehen eher mehr Steuern zahlen könnten. Insgesamt sinken die Steuereinnahmen des Bundes, gleichzeitig steigt der Anreiz zur Erwerbstätigkeit, insbesondere für Zweitverdienende. Die Vorlage ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative der FDP-Frauen «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)». Das Initiativkomitee hat die Initiative zugunsten des Gegenvorschlags bedingt zurückgezogen.

Die Kantone Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, St. Gallen, Aargau, Thurgau und Wallis haben das Kantonsreferendum gegen das Bundesgesetz über die Individualbesteuerung ergriffen. Zudem reichte eine überparteiliche Allianz von Mitgliedern der Mitte, der SVP, EVP, EDU, des Schweizerischen Bauernverbands und der IG Familie 3plus mit 65'672 Unterschriften das Referendum ein. Die Gegner:innen kritisieren, dass ein grundlegender Systemwechsel unnötig sei, da die sogenannte Heiratsstrafe bereits heute auf kantonaler Ebene korrigiert werden könne. Zudem befürchten sie neue Ungleichheiten, weil insbesondere Einverdiener-Ehepaare oder Paare mit ungleicher Einkommensverteilung stärker belastet würden, während Doppelverdiener profitieren. Ausserdem wird kritisiert, dass die Reform zu hohem administrativem Aufwand und erheblichen Mehrkosten führen würde, da Millionen zusätzlicher Steuererklärungen verarbeitet werden müssten.

Bundesrat und Parlament empfahlen die Annahme der Vorlage. Im Nationalrat sprachen sich 101 Mitglieder dafür aus, 93 dagegen. Im Ständerat wurde die Vorlage mit 22 zu 21 Stimmen angenommen. Die SVP und die Mitte lehnten die Vorlage ab, alle anderen grösseren Parteien fassten die Ja-Parole.

Am Abstimmungssonntag wurde die Vorlage von 54.3 Prozent der Stimmbürger:innen angenommen. Mehrheiten erzielte die Vorlage in den Kantonen GE, VD, NE, JU, BE, BL, BS, LU und ZH.

7.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

Die politischen Einstellungen liefern deutliche Hinweise auf das Ja zum Bundesgesetz über die Individualbesteuerung (Tabelle 31). Besonders relevant waren die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Achse, die Parteisympathie, das Vertrauen in verschiedene Institutionen und gleichstellungspolitische Wertehaltungen.

Entlang der Links-Rechts-Selbsteinstufung zeigen sich sehr deutliche Unterschiede. Je weiter links sich die Stimmberechtigten selbst einordneten, desto höher fiel der Ja-Anteil aus. Links aussen positionierte Personen unterstützten die Vorlage mit 94 Prozent nahezu geschlossen, während links positionierte Personen zu 80 Prozent zustimmten. Im politischen Zentrum lag der Ja-Anteil bei 49 Prozent und damit knapp unter dem Gesamtdurchschnitt von 54,3 Prozent. Rechts des politischen Zentrums sank die Zustimmung weiter ab: Bei rechts positionierten Personen lag sie bei 37 Prozent. Rechts aussen positionierte Personen haben einen Wert von 32 Prozent.

Auch die Parteisympathie weist ein stark polarisiertes Bild auf. Die höchste Zustimmung verzeichneten Anhänger:innen der Grünen (94%) und der SP (87%). Es folgen die GLP-Sympathisierenden (69%). Personen ohne Parteibindung stimmten mit 57 Prozent leicht über dem Gesamtdurchschnitt zu, während Anhänger:innen anderer Parteien mit 43 Prozent darunter lagen. Bei den bürgerlichen Parteien fiel die Zustimmung deutlich geringer aus: Mitte-Sympathisierende stimmten zu 36 Prozent Ja, SVP-Anhänger:innen zu 30 Prozent. Einzig FDP-Sympathisierende bildeten eine Ausnahme im bürgerlichen Lager und stimmten mit 54 Prozent zu. Dies lässt sich damit erklären, dass die Initiative ursprünglich aus dem Umfeld der FDP lanciert wurde. Die SVP und die Mitte hingegen stellten sich gegen die Vorlage, was sich im vergleichsweise tiefen Ja-Anteil ihrer Sympathisierenden widerspiegelt.

Das Vertrauen in den Bundesrat stand bzw. steht in einem schwächeren, aber statistisch signifikanten Zusammenhang mit dem Stimmentscheid. Personen mit sehr geringem Vertrauen stimmten zu 41 Prozent Ja, während bei mittlerem und hohem Vertrauen die Zustimmungswerte von 53 bis 59 Prozent differieren. Auch das Vertrauen in Gewerkschaften stand in einem deutlichen Zusammenhang: Mit zunehmendem Gewerkschaftsvertrauen lassen sich auch steigende Zustimmungswerte von 38 bis 73 Prozent zuordnen.

Auch Wertehaltungen prägten den Stimmentscheid. Besonders ausgeprägt zeigte sich der Einfluss gleichstellungspolitischer Überzeugungen: Personen, die eine aktive Förderung der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau befürworteten, stimmten zu 67 Prozent Ja, während jene mit einer zurückhaltenderen Haltung lediglich zu 28 Prozent zustimmten. Ebenfalls relevant war die Haltung zum Zeitgeist: Personen mit einer zeitgeistorientierten Grundhaltung stimmten zu 74 Prozent Ja, während Traditionsorientiertere mit 37 Prozent deutlich seltener zustimmten. Bei der Frage zur Besteuerung hoher Einkommen zeigte sich ein ähnliches Muster: Personen, die eine Erhöhung der Steuern auf hohe Einkommen befürworteten, stimmten zu 67 Prozent Ja, während jene, die eine Steuersenkung bevorzugten, mit 42 Prozent deutlich zurückhaltender waren.

Tabelle 31: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	54.3	2263	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=0.45***
links aussen (0-2)	94	283	± 2.8
links (3-4)	80	449	± 3.7
Mitte (5)	49	520	± 4.3
rechts (6-7)	37	479	± 4.3
rechts aussen (8-10)	32	368	± 4.8
Parteisympathie			V=0.47***
SVP	30	431	± 4.3
FDP	54	364	± 5.1
Die Mitte	36	292	± 5.5
GLP	69	146	± 7.5
SP	87	401	± 3.3
Grüne	94	157	± 3.7
andere Partei	43	136	± 8.4
keine	57	154	± 7.8
Vertrauen in Bundesrat			V=0.13***
sehr gering bis gering (0-4)	41	302	± 5.6
mittel (5)	59	384	± 4.9
hoch (6-7)	53	632	± 3.9
sehr hoch (8-10)	59	866	± 3.3
Vertrauen in Gewerkschaften			V=0.3***
sehr gering bis gering (0-4)	38	720	± 3.5
mittel (5)	52	476	± 4.5
hoch (6-7)	69	525	± 4
sehr hoch (8-10)	73	386	± 4.4
Wertehaltung: A) eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen erhöht werden, oder B) eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen vermindert werden			V=0.24***
Steuern auf hohe Einkommen erhöhen	67	1168	± 2.7
gemischte Wertehaltung	43	708	± 3.7
Steuern auf hohe Einkommen vermindern	42	261	± 6

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Stichprobenfehler
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die mit dem Zeitgeist geht, oder B) eine Schweiz, die ihre Traditionen schützt			V=0.29***
Zeitgeist	74	645	± 3.4
gemischte Wertehaltung	52	908	± 3.3
Traditionen schützen	37	628	± 3.8
Wertehaltung: A) eine Schweiz, die Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördert, oder B) eine Schweiz, die Gleichberechtigung nicht aktiv fördert			V=0.36***
Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aktiv fördern	67	1593	± 2.3
gemischte Wertehaltung	28	395	± 4.4
Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau nicht aktiv fördern	28	205	± 6.2

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. $H_0: V=0$) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Beim Alter (Tabelle 32) zeigen sich keine klaren Trends, und der Zusammenhang ist statistisch nicht signifikant. Die Zustimmung lag über nahezu alle Altersgruppen hinweg stabil zwischen 54 und 57 Prozent und damit nahe am Gesamtdurchschnitt. Einzig die 50- bis 59-Jährigen wichen mit einem Ja-Anteil von 46 Prozent etwas stärker nach unten ab. Beim Geschlecht bestehen praktisch keine Unterschiede: Männer stimmten zu 53 Prozent Ja, Frauen zu 55 Prozent. Auch dieser Zusammenhang ist statistisch nicht signifikant. Beim Bildungsgrad zeigt sich hingegen ein deutlicherer Zusammenhang. Personen mit einem Fachhochschul- oder Universitätsabschluss stimmten mit 66 Prozent am häufigsten Ja. Personen mit Maturität oder höherer Berufsbildung sowie jene ohne nachobligatorische Bildung lagen mit 55 resp. 56 Prozent nahe beim Gesamtdurchschnitt. Berufslehre-Absolvent:innen wiesen mit 43 Prozent die tiefste Zustimmung auf und lagen damit als einzige Gruppe deutlich unter dem Gesamtdurchschnitt. Beim Haushaltseinkommen lässt sich kein eindeutiges Muster erkennen. Die Zustimmung bewegte sich über alle Einkommensgruppen hinweg zwischen 53 und 61 Prozent, ohne dass ein klarer Trend erkennbar wäre. Der Zusammenhang ist statistisch nicht signifikant.

Tabelle 32: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Stichprobenfehler
total	54.3	2263	
Alter			V=0.08
18-29 Jahre	57	256	± 6.1
30-39 Jahre	56	306	± 5.6
40-49 Jahre	57	365	± 5.1
50-59 Jahre	46	444	± 4.6
60-69 Jahre	57	470	± 4.5
70 Jahre und älter	54	422	± 4.8
Geschlecht			V=0.02
Männer	53	1111	± 2.9
Frauen	55	1152	± 2.9
Bildungsgrad			V=0.19***
ohne nachobligatorische Bildung	56	214	± 6.7
berufliche Grundbildung/Berufslehre	43	661	± 3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	55	599	± 4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	66	742	± 3.4
Haushaltseinkommen			V=0.06
bis 3'000 CHF	59	88	± 10.3
3'000-5'000 CHF	61	229	± 6.3
5'000-7'000 CHF	54	341	± 5.3
7'000-9'000 CHF	53	321	± 5.5
9'000-11'000 CHF	58	279	± 5.8
über 11'000 CHF	53	685	± 3.7

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramérs V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Stichprobenfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

7.3 Die Motive

Die Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die Ja-Motive (Tabelle 33) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: gesellschaftliche Gründe (40% aller Erstnennungen, 44% aller Nennungen), steuerpolitische Gründe (25% resp. 30%) sowie persönliche Gründe (10% resp. 13%).

Gesellschaftliche Argumente standen für viele Ja-Stimmende im Vordergrund. Am häufigsten wurden die Gleichstellung (17% resp. 18%) sowie die Gleichbehandlung verschiedener Lebensformen (11% resp. 12%) genannt, während die Individualität und Eigenständigkeit der Person eine ergänzende Rolle spielte (6% resp. 7%). Die zweite

Motivgruppe umfasste steuerpolitische Überlegungen, insbesondere der Wunsch nach einer gerechteren Besteuerung (13% resp. 15%) und die Abschaffung der Heiratsstrafe (9% resp. 11%). Persönliche Gründe spielten eine untergeordnete Rolle. Genannt wurden vor allem die persönliche Betroffenheit als Ehepaar (5% resp. 6%) sowie die finanzielle Entlastung (3% resp. 3%).

Tabelle 33: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Gesellschaftliche Gründe	40	430	44	486
Gleichstellung	17	175	18	202
Gleichbehandlung verschiedener Lebensformen	11	105	12	126
Individualität/Eigenständigkeit der Person	6	82	7	92
Steuerpolitische Gründe	25	292	30	348
gerechtere/fairere Besteuerung	13	154	15	175
Heiratsstrafe abschaffen	9	118	11	149
Besteuerung unabhängig vom Zivilstand	4	37	7	50
Persönliche Gründe	10	162	13	204
persönliche Betroffenheit als Ehepaar	5	80	6	94
finanzielle Entlastung/Steuern sparen	3	37	3	54
eigene Zukunftsplanung	2	31	2	36
Allgemeines	2	20	4	33
Anderes	0	1	1	10
Empfehlungen	1	15	1	18
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	0	1	0	2
weiss nicht/keine Antwort	22	381	22	381

Gewichtete Resultate. Anteil der Ja-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

Die Nein-Motive (Tabelle 34) lassen sich in drei Hauptkategorien gliedern: administrative Gründe (30% aller Erstnennungen, 41% aller Nennungen), gesellschaftliche Gründe (26% resp. 31%) sowie familienpolitische Gründe (19% resp. 24%).

Administrative Argumente standen für viele Nein-Stimmende im Vordergrund. Am häufigsten wurde der erhöhte Aufwand für die Steuerverwaltung genannt (20% resp. 26%). Ebenfalls häufig angeführt wurden die teure und aufwendige Umstellung des bestehenden Systems (7% resp. 15%) sowie der Mehraufwand für Steuerpflichtige durch zwei separate Steuererklärungen (7% resp. 9%). Die zweite Motivgruppe umfasste gesellschaftliche Bedenken. 14 Prozent (resp. 17%) befürchteten, dass die Individualbesteuerung neue Ungerechtigkeiten schaffe bzw. falsche Verteilungswirkungen entfalte. Weitere 13 Prozent (resp. 14%) sahen Ein- und Ungleichverdienende benachteiligt, während 5 Prozent (resp. 8%) der Ansicht waren, dass vor allem Doppel- und Gutverdienende von

der Neuregelung profitierten. Familienpolitische Gründe bildeten die dritte Motivkategorie. Dabei wurde insbesondere die Benachteiligung traditioneller Familienmodelle hervorgehoben (14% resp. 17%). Weitere 6 Prozent (resp. 7%) nannten die Benachteiligung der Kinderbetreuung zuhause als Ablehnungsgrund, während 3 Prozent (resp. 4%) eine Benachteiligung von Müttern und Hausfrauen befürchteten.

Tabelle 34: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Hauptgrund		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Administrative Gründe	30	238	41	303
Mehr Aufwand für Steuerverwaltung	20	152	26	194
teure/aufwendige Umstellung	7	58	15	99
Mehr Aufwand für Steuerpflichtige/zwei Steuererklärungen	7	52	9	77
Gesellschaftliche Gründe	26	192	31	233
neue Ungerechtigkeit/falsche Verteilungswirkung	14	113	17	134
Benachteiligung Ein-/Ungleichverdienende	13	72	14	88
Doppel-/Gutverdienende profitieren	5	40	8	59
Familienpolitische Gründe	19	121	24	153
Benachteiligung traditioneller Familienmodelle	14	81	17	98
Benachteiligung Kinderbetreuung zuhause	6	33	7	46
Benachteiligung Mütter/Hausfrauen	3	23	4	31
Allgemeines	0	5	0	5
Anderes	1	4	3	16
Empfehlungen	0	3	0	6
offensichtlich falsche Antworten/Verwechslungen	1	2	1	6
weiss nicht/keine Antwort	21	270	21	270

Gewichtete Resultate. Anteil der Nein-Stimmenden, die den Entscheidungsgrund genannt haben. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben.

7.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Ergänzend zu den offenen Fragen wurden den Stimmenden verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Bewertung unterbreitet (Tabelle 35). Wo die Bewertung der beiden Lager weit auseinanderlag, dürften die entsprechenden Argumente besonders entscheidend gewesen sein.

Bei den Pro-Argumenten fand die Aussage, wonach es richtig sei, dass Verheiratete und Unverheiratete mit gleichem Einkommen gleich besteuert werden, die breiteste Zustimmung: 80 Prozent aller Stimmenden stimmten dieser Aussage zu. Erwartungsgemäss fiel die Zustimmung unter den Ja-Stimmenden mit 94 Prozent sehr hoch aus, während 66 Prozent der Nein-Stimmenden ebenfalls einverstanden waren. Das Argument fand damit lagerübergreifend hohe Unterstützung. Etwas weniger verbreitet, aber noch mehrheitlich unterstützt, war das Argument, wonach die Individualbesteuerung die Gleichstellung von Frau und Mann fördere, indem sie es attraktiver mache, dass beide Partner arbeiten (63% total). Hier zeigte sich ein deutlicherer Graben: 88 Prozent der Ja-Stimmenden stimmten zu, während nur 35 Prozent der Nein-Stimmenden diese Einschätzung teilten. Ein ähnliches Bild zeigte sich beim Argument zur finanziellen Unabhängigkeit durch getrennte Besteuerung der Ehepaare (60% total, 87% der Ja-Stimmenden, 31% der Nein-Stimmenden). Am wenigsten Zustimmung erhielt das Argument, wonach eine Mehrheit der Steuerpflichtigen mit der Individualbesteuerung gleich viel oder weniger Steuern zahlen würde als dies heute der Fall ist (49% total). Zudem war der Anteil an «weiss nicht/keine Angabe»-Antworten mit 25 Prozent bei diesem Argument deutlich höher als bei den übrigen Pro-Argumenten, was darauf hindeutet, dass viele Stimmende diese fiskalische Einschätzung schwer beurteilen konnten.

Bei den Kontra-Argumenten stiess das Bürokratie- und Kostenargument auf die breiteste Zustimmung (64% total), mit einem besonders ausgeprägten Graben zwischen den Lagern: 91 Prozent der Nein-Stimmenden stimmten zu, gegenüber lediglich 43 Prozent der Ja-Stimmenden. Ebenfalls mehrheitlich unterstützt wurde die Befürchtung, dass Ehepaare mit ungleicher Erwerbsaufteilung schlechter gestellt würden (57% total, 78% der Nein-Stimmenden, 41% der Ja-Stimmenden). Die beiden Ungerechtigkeitsargumente, Benachteiligung des Mittelstands sowie Schaffung neuer Ungleichheiten durch die Gewichtung der Erwerbsaufteilung, fanden je 49 Prozent Gesamtzustimmung, wobei der Graben zwischen den Lagern mit 78 resp. 80 Prozent bei Nein-Stimmenden gegenüber 27 resp. 25 Prozent bei Ja-Stimmenden sehr deutlich ausfiel.

Zusammenfassend verlief die Abstimmung entlang klar unterschiedlicher Argumentationslinien. Die Befürwortenden unterstützten geschlossen Gerechtigkeits- und Gleichstellungsargumente, während die Gegnerschaft ihr Nein vor allem auf administrative Bedenken und die Befürchtung neuer Ungerechtigkeiten stützte. Das Ja zur Vorlage spiegelt den Wunsch nach einer gleichmässigeren Besteuerung unabhängig vom Zivilstand wider, auch wenn die Umsetzung einen erheblichen Teil der Bevölkerung nicht vollständig überzeugte.

Tabelle 35: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Es ist richtig, dass Verheiratete und Unverheiratete mit gleichem Einkommen gleich besteuert werden.	total	80	13	7
	Ja-Stimmende	94	4	2
	Nein-Stimmende	66	24	10
Die Individualbesteuerung macht es attraktiver, dass beide Partner arbeiten. Sie fördert damit die Gleichstellung von Frau und Mann.	total	63	29	8
	Ja-Stimmende	88	7	4
	Nein-Stimmende	35	56	8
Die Individualbesteuerung stärkt die finanzielle Unabhängigkeit, weil Ehepaare steuerlich getrennt besteuert werden.	total	60	29	12
	Ja-Stimmende	87	6	8
	Nein-Stimmende	31	57	12
Mit der Individualbesteuerung zahlt eine Mehrheit der Steuerpflichtigen gleich viel oder weniger Steuern als heute.	total	49	27	25
	Ja-Stimmende	65	11	24
	Nein-Stimmende	33	46	21
Kontra-Argumente				
Zwei Steuererklärungen pro Ehepaar bedeuten mehr Aufwand für die Behörden und führen zu mehr Bürokratie und hohen Kosten.	total	64	29	8
	Ja-Stimmende	43	49	8
	Nein-Stimmende	91	5	3
Durch die Individualbesteuerung zahlen der Mittelstand und Alleinerziehende am Ende mehr Steuern, während gut verdienende Doppelverdiener profitieren.	total	49	31	19
	Ja-Stimmende	27	51	22
	Nein-Stimmende	78	10	12
Ehepaare, bei denen ein Partner weniger oder gar nicht arbeitet (z. B. wegen Kinderbetreuung), werden mit der Individualbesteuerung schlechter gestellt.	total	57	27	17
	Ja-Stimmende	41	41	17
	Nein-Stimmende	78	11	11
Die Individualbesteuerung schafft neue Ungerechtigkeiten, weil nicht mehr das Familieneinkommen zählt, sondern die Aufteilung der Erwerbsarbeit zwischen den Ehepartner:innen.	total	49	36	15
	Ja-Stimmende	25	60	15
	Nein-Stimmende	80	10	10

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 80 Prozent aller Stimmenden (sowie 94 % aller Ja-Stimmenden bzw. 66 % aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass es ist richtig sei, dass Verheiratete und Unverheiratete mit gleichem Einkommen gleich besteuert werden. 13 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 7 Prozent antworteten mit «weiss nicht / keine Angabe». N für alle Argumente: Total 2'263, Ja-Stimmende 1'347, Nein-Stimmende 916.

8 Anhang

8.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 8. März 2026, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 9. und dem 29. März 2026 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 36: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeberin	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	9. bis 29. März 2026
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'271 (Papier: 1'122 Online: 2'149) n DCH: 1'943 n FCH: 912 n ICH: 416 (Papier: n DCH: 608 n FCH: 354 n ICH: 160) (online: n DCH: 1'335 n FCH: 558 n ICH: 256)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

8.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

8.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 8.1.4 Gewichtung).

Beim BFS wurden 7'500 Adressen bestellt. Erhalten haben wir 7'650 Adressen sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'499 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

8.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 8. März 2026 umfasst insgesamt 3'271 Befragte (Ausschöpfung: 43%), wovon rund 59 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'943), 28 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=912) und rund 13 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=416) stammen.

Tabelle 37: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'650
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	121
total gültige Adressen	7'529
Verweigerung/Abmeldungen	42
total realisierte Interviews	3'464
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	4'330
Löschungen aus Qualitätsgründen	193
final verwendete Interviews	3'271

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+21.3 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten

Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt +9 Prozentpunkte bei der Bargeld-Initiative, +5.4 Prozentpunkte beim direkten Gegenentwurf, -5.3 Prozentpunkte bei der SRG-Initiative, +2.6 Prozentpunkte bei der Klimafonds-Initiative und +5.3 Prozentpunkte beim Bundesgesetz über die Individualbesteuerung.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 193 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei [Swissvotes \(Swissvotes.ch\)](https://www.swissvotes.ch) frei zugänglich.

8.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die «Unit Non Response» (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximaler Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellem Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels «One-Hot-Encoding» anhand der relativen Schätzungen zu Teilnahme und Stimmverhalten sowie realer Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrössen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihrer modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für vorlagenspezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

8.1.5 Auswertung und Stichprobenfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Stichprobenfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Stichprobenfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 38: Stichprobenfehler

ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Stichprobenfehler Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N = 2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N = 1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N = 600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N = 100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N = 50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene Abstimmenden, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

8.2 Über die Studie

8.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und in Bezug zu den Entscheiden. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#); die alten VOX-Berichte sind es bereits.

8.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

8.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet

TOBIAS KELLER

Projektleiter und Mitglied der Geschäftsleitung, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet



CORINA SCHENA

Projektleiterin
Politikwissenschaftlerin

✉ corina.schena@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Wahlen, Abstimmungen, Gesundheitspolitik,
Gesundheitskampagnen, Image- und Reputationsanalysen,
qualitative und quantitative Methoden sowie Moderation



INA GUTJAHR

Junior Projektleiterin

✉ ina.gutjahr@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Abstimmungen, Umweltpolitik, Energiepolitik, Digitalisierung,
qualitative und quantitative Methoden



SARA RELSTAB

Data Scientist
Ökonomin PhD

✉ sara.rellstab@gfsbern.ch

Schwerpunkte:
Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden

ALESSIA RAIONE

Praktikantin Data Science

✉ alessia.raione@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen,
Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen,
Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter / Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen,
Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

SWISS INSIGHTS
Corporate Member

gfs.bern 